

<b>Linke gewinnen Mehrheit im StuPa zurück</b>	<b>4</b>
Ausgelassene Stimmung bei der Auszählung	
<b>Stellungnahmen zur Wahl von den Listen</b>	
US und Juso-HSG	6
uFaFo und dil	7
öds und LSIAO	8
Graue Zelle und Uni-GAL	9
RCDS und LSI	10
<b>Bürgerzorn</b>	<b>11</b>
<b>Typisch Deutsch!</b>	<b>12</b>
Der Steuersong	
<b>Baring und „Wirtschaftsweise“ in den Knast?</b>	<b>13</b>
Zu den Machenschaften des Klassenkampfes von oben	
<b>Aufregung im Sandkasten</b>	<b>15</b>
Jan Balthasars schwarz-grüne Planspiele taugen nicht	
<b>Betrachtungen über Gewissen, Moral und...</b>	
<b>... den Umgang mit anderen</b>	<b>16</b>
Rede von Dr. Erhard Eppler	
<b>Steven...</b>	<b>20</b>
...oder das versteckte Gesicht des Genozids	
<b>Einmal Afrika und zurück</b>	<b>22</b>
Teil II: Südafrika - Im Land der Gegensätze	
<b>Mit Quantensprüngen in die Studienstiftung?</b>	<b>25</b>
Ein Auswahlverfahren	
<b>Feliz Cumpleaños, EZLN!</b>	<b>26</b>
Zum 19. Geburtstag der EZLN feierten 400 Menschen in Berlin	
<b>Jedem das Seine?</b>	<b>27</b>
Wer oder besser was war die IG Farben?	
Die B@racke steht immer noch...	
<b>...und bleibt mit Einverständnis der Uni auch da</b>	<b>27</b>
<b>Big Brother is killing you!</b>	<b>28</b>
Gegen die realen Entwicklungen in der "Sicherheitspolitik" nimmt sich "1984" fast schon wie ein netter Liebesroman aus	
<b>Von Genua zum Ungehorsam</b>	<b>30</b>
Globalisierungskritik und Rechtspopulismus in Italien	

## Impressum

### HerausgeberInnengremium:

Jens Markus Deckwart  
Dagmar Diener  
Moritz Kebschull  
Maren Lurweg  
Tobias Noll

### Chefredaktion und v.i.S.d.P.:

David Juncke (dju)

### Redaktion:

Jan Balthasar (jab)  
Dörthe Kuhlmann (dök)  
Stefan Küper (skü)  
Sara Lohoff (sal)  
Maike Rocker (mar)  
Benjamin Yu (yub)

LayOut: Jan Große Nobis (jgn)

### Geschäftsführung:

Christian Wohlgemuth

### Redaktion und

### Anzeigenverwaltung:

Schloßplatz 1, 48149 Münster  
ssp@uni-muenster.de

Druck: AStA-Druck

Auflage: 4.000

### Redaktionsschluss SSP 338:

19. Januar 2003

### SSP virtuell:

[www.semesterspiegel.de](http://www.semesterspiegel.de)

Der Semesterspiegel ist die Zeitung der Studierenden der Universität Münster. Die Artikel geben die jeweiligen Meinungen des/der Autor/in wieder. Das gilt auch für namentlich gekennzeichnete Artikel von Mitgliedern des Redaktionsteams. Sie dienen auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung der Förderung der politischen Bildung, des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins und der Bereitschaft zur aktiven Toleranz. (HG-NW §72 (2) Satz 4).

Manuskripte bitte digital (auf Diskette oder per e-mail in Formaten von üblicher oder kostenlos verfügbarer Software, Bilder im Original oder als tif-Datei (300 dpi, unbearbeitet)) an die Redaktion unter Angabe von Namen, Adresse und Bankverbindung. Disketten und Fotos können nach dem Erscheinen des SSP im AStA-Büro abgeholt werden. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen. Artikel unter Synonym werden nicht veröffentlicht. In begründeten Ausnahmefällen können AutorInnen ungenannt bleiben.

**Zeilenhonorar:** 0,06 Euro

**Fotohonorar:** 10 Euro

**Karikatur:** 15 Euro

Anzeige



Ob in Somalia, Kolumbien oder Afghanistan. **ÄRZTE OHNE GRENZEN** hilft Opfern von Krieg und Gewalt in mehr als 80 Ländern.

**Helfen Sie mit.  
Jede Spende zählt!**



Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- allgemeine Informationen über **ÄRZTE OHNE GRENZEN**
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

1103103

Name \_\_\_\_\_

Geb.-Datum \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.  
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin  
www.aerzte-ohne-grenzen.de  
Spendenkonto 97 0 97  
Landesbank Berlin • BLZ 100 500 00

# Liebe Leserin, lieber Leser,

genauso schnell, wie die Hochschulpolitik an unserer Universität eine Woche lang in Erscheinung getreten ist, ist sie wieder verschwunden. Wurde in der Wahlwoche, in welcher sämtliche hochschulpolitischen Listen sich an sämtlichen Universitätsgebäuden aufhielten um um Eure Stimmen zu werben Hochschulpolitik für jeden Studierenden direkt fassbar, so ist diese Kontaktmöglichkeit auch schon wieder verschwunden. Nur wenige Interessierte unter Euch werden sich die Mühe gemacht haben, auf den Internetseiten des Zentralen Wahlausschusses nach den Ergebnissen der Wahlen geschaut zu haben.

Für all diejenigen, die es dennoch irgendwie interessiert, wie denn nun die neue Sitzverteilung im 45. Studierendenparlament aussieht und wer welche Chancen auf eine AStA-Bildung hat, ist der vorliegende Semesterspiegel die richtige Wahl. Ausführlich berichten wir über den Abend der Ergebnisauszählung und die neuen Mehrheiten im Studierendenparlament. Darüber hinaus gaben wir allen angetretenen Listen die Möglichkeit, ihre Stellungnahme zum Wahlergebnis abzugeben. So könnt ihr also in dieser Semesterspiegelausgabe alles Wissenswerte über das hochschulpolitische Geschäft an unserer Uni erfahren.

Für diejenigen unter den Lesern, denen noch immer Lollis, Bananen und andere Wahlgeschenke aus dem Hals hängen und die noch immer durch die Frage „Hast Du schon gewählt?“ traumatisiert durch die Hochschule irren, hat der vorliegen-

de Semesterspiegel auch andere Themen neben Hochschulpolitik zu bieten: Die SSP-Redakteurin Dörthe Kuhlmann setzt ihren Bericht über Afrika fort und schreibt dieses Mal über Südafrika. Ein weiterer Artikel beschäftigt sich ebenfalls mit dem Schwarzen Kontinent. Gegenstand ist eine persönliche Begegnung eines münsteraner Jura-Studenten mit einem Mann aus Ruanda, der während seines Studiums in Burundi in seiner Heimat seine ganze Familie in dem schrecklichen Treiben von 1994 verloren hat.

Vor diesem Hintergrund sehen unsere Probleme in der Bundesrepublik ganz anders aus. Dennoch beschäftigt sich eine Vielzahl von Artikeln mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation. Vom Bürgerzorn ist da die Rede und es wird die Frage gestellt, ob Arnulf Baring und vier der fünf Wirtschaftsweisen in den Knast gehören.

Darüber hinaus bietet der vorliegende Semesterspiegel einen Strauß an weiteren interessanten Beiträgen. Es wird wieder etwas für jeden dabei sein.

Im Namen des Redaktionsteams wünsche ich Euch nun gesegnete Weihnachten und wenig Streß beim alljährlichen Krampf um die ultimative Sylvesterparty. Kommt gut ins neue Jahr und vergeßt nicht Ende Januar wieder nach dem neuen Semesterspiegel Ausschau zu halten.

Euer

*David Juncke*

# Linke gewinnen Mehrheit im StuPa zurück

## Ausgelassene Stimmung bei der Auszählung - intensiver Wahlkampf - recht hohe Wahlbeteiligung

Großer Jubel und Zufriedenheit herrschten am Abend des 29. November im Hörsaal SCH 5 besonders bei den Gewinnern der Wahl: Juso-HSG (JungsozialistInnen-Hochschulgruppe) und uFAFO (unabhängiges Fachschaftenforum). Sie stellen mit jeweils sechs Sitzen die größten Fraktionen im neuen, 45. Studierendenparlament. Unter Berücksichtigung der 5 Sitze der UniGAList damit nach den schwierigen Mehr-

liegen zwischen 5 und 10 Prozent. Leider nur, aber immerhin doch jeder fünfte Studierende der WWU ging zur Urne, könnte man sagen. Zurückzuführen ist die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung neben der aktuellen Studiengebühren-Debatte vermutlich auf den fulminanten Wahlkampf, den sich einige Listen in diesem Jahr lieferten. Noch selten wurden die Studierenden derart mit Plakaten, Flyern, Wand- und



Von null auf sechs Sitze: Wahlsieger uFaFo jubelt

(Michael Thomann)

heitsverhältnissen der vergangenen Wahl wieder ein sicherer linker AstA möglich. Doch auch für die anderen Listen gab es Anlass zur Freude. Am Freitagabend der Wahlwoche stellte sich bei der Stimmauszählung in der Scharnhorststraße heraus: Mit 22,94 Prozent und 10.059 abgegebenen Stimmen wurde die höchste Wahlbeteiligung der vergangenen 6 Jahre erreicht. Ausnahmen sind die Jahre 1999 und 2000, in denen Urabstimmungen zum Semesterticket die Wahlbeteiligung auf 27,9 bzw. 29,25 Prozent gehoben hatten.

Insgesamt ist diese Wahlbeteiligung zwar nach wie vor ein Armutszeugnis, doch sie gewinnt an Bedeutung, berücksichtigt man Zahlen an manch anderen Hochschulen: Sie

liegen zwischen 5 und 10 Prozent. Leider nur, aber immerhin doch jeder fünfte Studierende der WWU ging zur Urne, könnte man sagen. Zurückzuführen ist die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung neben der aktuellen Studiengebühren-Debatte vermutlich auf den fulminanten Wahlkampf, den sich einige Listen in diesem Jahr lieferten. Noch selten wurden die Studierenden derart mit Plakaten, Flyern, Wand- und Wahlzeitungen, Faltblättern, Lollies, Bananen und Glühwein „zugebombt“. Besonders Jusos, uFAFO und LSI taten sich hierbei hervor.

Doch zurück zu den Ergebnissen: Bereits um 1 Uhr in der Nacht von Freitag auf Samstag verkündete Wahlleiter Michah Weissinger das vorläufige Endergebnis der Wahl, das erst nach Ablauf der Wider-

spruchsfrist von sieben Tagen zum endgültigen Ergebnis wird. Damit war der Zentrale Wahlausschuss (ZWA) 2002 wohl der schnellste aller Zeiten. Erst seit drei Jahren wird elektronisch ausgezählt, und das Verfahren wurde Jahr für Jahr verbessert. Erstaunlich war nur, dass die Ergebnisse im Internet erst am Montag zu finden waren.

### Jusos und uFAFO gewinnen

Als Wahlsieger sind nun zunächst Jusos und uFAFO gefordert. Aus den Reihen der beiden größten Fraktionen wird vermutlich der Präsident oder die Präsidentin des Studierendenparlaments kommen; darüber hinaus ist es an ihnen, die Gespräche für

eine AstA-Koalition zu beginnen. Mit dem Slogan „Wir bewegen die Uni“ hat es die Juso-HSG verstanden, an der WWU Stimmen zu holen, obwohl der Bundestrend und die Studiengebührenpläne der rot-grünen Landesregierung nicht gerade sozialdemokratische Höhenflüge verheißen hatten. Mit 18,7 Prozent der Stimmen konnten die Jusos an vergangene Zeiten anknüpfen und ihren Einbruch vom Vorjahr wettmachen.

Dem uFAFO gelang es offenkundig, die Verwurzelung der Kandidaten und Kandidatinnen in vielen Fachschaften und die unabhängige Ausrichtung in einem intensiven Wahlkampf glaubwürdig zu kommunizieren. Mitglieder des uFAFO und der Jusos waren es auch neben anderen, die sich im aktuellen AstA gegen die Studiengebührenpläne aus Düsseldorf eingesetzt hatten.

### RCDS und LSI verlieren

Verlierer der Wahl waren eindeutig der RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten), der sich von acht auf fünf Sitze verschlechterte, und die LSI (Liberaler Studierenden-Initiative), die zwei ihrer vormals sieben Sitze verlor. Während der RCDS am Wahlabend sichtlich enttäuscht war, herrschte bei der LSI allgemein Zufriedenheit. Nachdem man sich in drei Wahlen hintereinander jeweils um 50 Prozent gesteigert hatte, war nun erstmals ein Rückgang eingetreten. Mit 14,4 Prozent fuhr die LSI trotz der Verluste ihr drittbestes Ergebnis in den vergangenen acht Jahren ein. Die Einbußen hätten den aktuellen Umständen entsprechend durchaus größer sein können, so der Tenor. Und immerhin hatte es ein großes Hallo beim Gewinn der Urne Zahnmedizin gegeben, wo die LSI 77,9 Prozent der Stimmen erhielt.

Beim RCDS spielte wohl auch die vergleichsweise geringe Präsenz im Wahlkampf eine Rolle. Lediglich im Juridicum wurde durchgehend gewonnen. Die Wahlslogans wie „Wir gestalten Zukunft“, „Bildungspolitik ist Zukunftspolitik“, „Leistung ist Erfolg“ oder „Studieren als Chance“ erwiesen sich offenbar als nicht griffig genug, um Stimmen zu gewinnen. Der RCDS erlitt mit 14,4 Prozent einen gewaltigen Einbruch im Vergleich zum Vorjahr, als man zusammen mit der US angetreten war und 24,15 Prozent erreicht hatte. Damit ist dies das mit Abstand schlechteste Ergebnis des RCDS in den vergangenen acht Jahren.

### Kleine Spaßlisten erreichen keinen Sitz

Ebenfalls zu den Wahlverlierern gehören die neu angetretenen Listen LSIAO (Libertär-Sozialistische Initiative / Autonome OptimistInnen) und DGZ (Die Graue Zelle), die mit 2,0 und 2,2 Prozent der Stimmen keinen Sitz erringen konnten. Die LSIAO gruppiert sich um Mitglieder des „Barackenplenums“ in der Scharnhorststraße und wollte augenscheinlich mit Humor die LSI aufs Korn nehmen. „Gegen rotgrünes Wischiwaschi und bananenrepublikanischen Neoliberalismus“ wollte sie antreten und warb: „Wir denken gar nicht daran, Euch im KP (Kasperleparlament) zu vertreten. [...] Asten kommen und gehen, Baracke bleibt.“

Die Graue Zelle besteht im Kern aus einem Teil des alten Fachschaftenforums, das sich hauptsächlich in UFAFO und DGZ aufgespalten hatte. Hinzu kamen einige neue Kandidaten und Kandidatinnen, so unter anderem die ehemalige AStA-Vorsitzende Anika Susek. Mit dem Slogan „Früher war alles besser“ und den Konterfeis von Waldorf und Statler aus der Muppet-Show wollten „die Grauen“ Stimmen holen. Beide Listen, LSIAO und DGZ, setzten im Wahlkampf kaum bis gar nicht auf Inhalte und betonten stattdessen Spaß und Provokation, was sich offenbar nicht auszahlte.

### Kleine Listen mit Erfolg

Einen Sitz konnte die neu angetretene Liste DIL (Demokratische Internationale Liste) gewinnen, die auch am Auszählungsabend präsent und dementsprechend guter Stimmung war. Die DIL besteht hauptsächlich aus ausländischen Studierenden und setzt auf Internationalität, Toleranz und Verbesserung der Studienbedingungen.

Die seit 1997 durchgehend im StuPa vertretene öds (Ökologisch-Demokratische Studierende) konnte ihren Sitz halten. Vertreter der öds, die sich erfolgreich für die Solaranlagenprojekte I und II auf den Uni-Mensen eingesetzt hatte, wurden allerdings am Wahlabend nicht gesichtet.

Genauso wenig präsent war Magnus Becker mit seiner Liste US (Unabhängige Studierende), die erstmals zwei Sitze erringen konnte. Becker fiel mit einem äußerst intensiven Wahlkampf auf, den er fast alleine führte.

Recht spät erschien am Freitagabend die Uni-GAL (Grüne Alternative Liste) nach



Feucht-fröhlicher Abend: Die Auszählung im SCH5

(Michael Thomann)

ihrem traditionellen Wahlschmaus. Sie konnte ihre 5 Sitze halten und war darüber augenscheinlich weder unzufrieden noch besonders begeistert. Im Wahlkampf hatte die Uni-GAL „Viel GRÜN für eine bunte Uni“ gefordert und für die Einmischung der Studierenden auch bei gesellschaftspolitischen Themen geworben, die keinen direkten Bezug zur Uni haben.

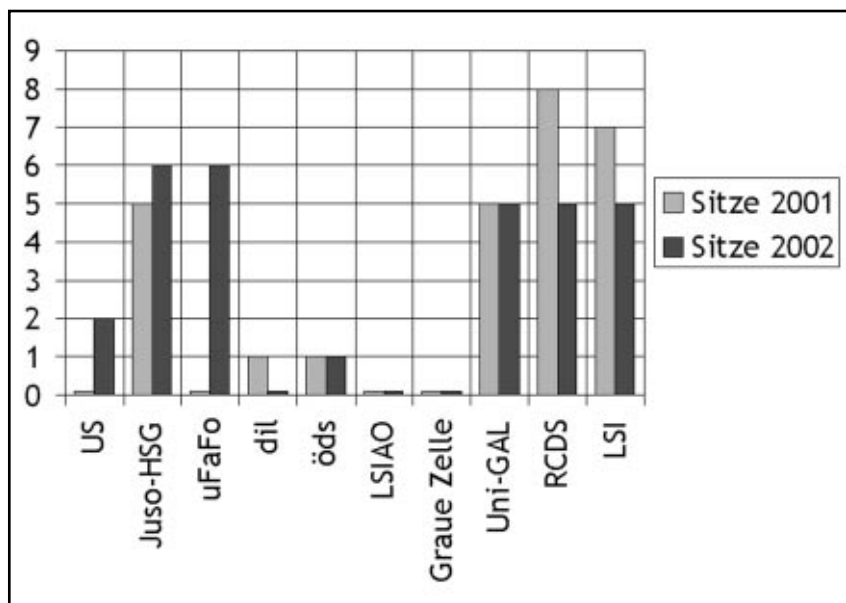
### „Was nun, Herr AStA?“

Bleibt die Frage nach der Bildung eines neuen AStA, die nach den vergangenen Wahlen ja so schwierig gewesen war. Die wahrscheinlichste Konstellation besteht aus einer Koalition von Juso-HSG (6 Sitze), uFAFO (6 Sitze) und Uni-GAL (5 Sitze). Mit zusammen 17 von 31 Sitzen wäre dies ein Sitz mehr als erforderlich. Damit wä-

ren wesentliche Teile des aktuellen AStA wieder beteiligt, der hauptsächlich aus Mitgliedern von Juso-HSG und uFAFO sowie LSI besteht. Es bleibt abzuwarten, ob die Idee des „Team-AStA“ nun konsequent bis zum turnusmäßigen AStA-Wechsel im Frühjahr beibehalten wird oder ob man doch schnellstmöglich einen offiziell „linken“ AStA installiert.

Kaum denkbar dagegen ist eine AStA-Beteiligung von LSI, RCDS, US oder öds. Mit LSI, RCDS und öds, die von den linken Listen allgemein dem „bürgerlichen“ oder „konservativen“ Spektrum zugeordnet werden, wurden Koalitionsgespräche bereits am Abend der Stimmauszählung von Seiten der Wahlgewinner von vornherein abgelehnt.

*Michael Thomann*



## Vielen Dank! Hartelijk bedankt! *Merci beaucoup!* Muchas Gracias! *Thank you very much!*

2 Sitze sind eine Sensation!! Wir danken all unseren Wählerinnen und Wählern, die den „US“ (Unabhängigen Studierenden) erstmals zwei Mandate im ‚Studierenden-Parlament‘ beschert haben, von ganzem Herzen!

Zusätzlich wurde Izabela Rzeminska, die neben Magnus Becker (ist zum 3. Mal Mitglied des StuPa seit 2000!) Abgeordnete des SP's ist, auch in die ASV gewählt. Sie möchte nun dort die Zusammenarbeit zwischen SP und ASV-Vorstand verbessern. Außerdem schafften Yvonne Awuor Atieno (Afrika), Rasoul Seyed Rafi (Asien), Ronny Mora (Lateinamerika...) & Giulia Carrieri (EU), Ekaterina Gladkikh und Tamila Tchilaurishvili (beide –wie Iza- im Wahlkreis Resteuropa) den Sprung in die Ausländische Studierenden-Vertretung. Können 7 unabhängige StudentInnen bei der Vorstandswahl ausgegrenzt werden? Zum Glück wohl nicht! Daher wird wohl wieder (wie 2001/2002 Ekaterina) mindestens eine Unabhängige im Vorstand vertreten sein. Damit Ihr als ausländische Studis immer eine Ansprechpartnerin habt, wurde auf [www.weisse-rose.org/asv.html](http://www.weisse-rose.org/asv.html) eine e-mail-Hotline eingerichtet, an die Ihr Euch wenden könnt.

Für alle Studis unserer Uni bieten wir künftig „Sprech-Stunden“ an: immer Dienstags ab 18 h Im Internationalen Zentrum „Die Brücke“! Anmeldung bitte unter 0173 – 9470781! Oder per e-mail an [weisse\\_rose\\_2002@yahoo.de](mailto:weisse_rose_2002@yahoo.de), Eure Unabhängigen ([www.weisse-rose.org/us.html](http://www.weisse-rose.org/us.html))!

**Thank you very much! Muchas Gracias! Merci beaucoup! Hartelijk bedankt! Vielen Dank!**

## Juso-HSG: Wahlziel erreicht!

Die Juso Hochschulgruppe Münster ist einer der eindeutigen Gewinner der diesjährigen Wahl zum Studierendenparlament. Ein Dank geht an alle unsere Wählerinnen und Wählern. Wir haben alle unsere Wahlziele erreicht: Die Juso HSG ist, wenn auch nur denkbar knapp, zur stärksten Liste gewählt worden. Wir stellen damit im neuen Studierendenparlament die stärkste Fraktion. Im Studierendenparlament hat es eine deutliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse hin zur linken Seite gegeben. RCDS und LSI mussten massive Einbrüche hinnehmen.

Wir haben in diesem Jahr einen engagierten Wahlkampf geführt und die Studierenden von unseren guten und richtigen Zielen überzeugt. Bewusst haben wir auf Werbegeschenke verzichtet. Das macht deutlich, dass man mit guten Zielen auch Erfolg haben kann. Jetzt dürfen wir die in uns gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen. Weiterhin stehen im kommenden Jahr bei uns vier zentrale Ziele auf dem Programm: 1. Auch die Einführung von Studienkonten muss gestoppt werden. Studienkonten sind Studiengebühren und führen damit zu sozialem Ungleichgewicht. 2. Der ausreichend vorhandene Wohnraum muss besser vermittelt werden. Es darf nicht sein, dass Erstsemester wochenlang nach einer Bleibe suchen müssen. 3. Die Semesterbeiträge müssen stabilisiert werden. Studieren in Münster darf nicht noch teurer werden, dies gilt sowohl für das Semesterticket als auch für die Beiträge zum Studentenwerk als auch für die Beiträge des AStA. 4. Der AStA muss seinen Online-Auftritt um weitere Service-Angebote erweitern. Von der Mietbörse über die Mitfahrzentrale bis hin zur PraktikantInnendatenbank ist vieles denk- und machbar. Auch über diese vier Ziele hinaus gibt es im kommenden Jahr viel zu tun. Die Umstrukturierung von Studiengängen muss konstruktiv und kritisch im Sinne der Studierenden mitgestaltet werden. Die Studienbedingungen sind teils alles andere als wünschenswert. Die gute Arbeit des AStA muss noch besser vermittelt werden.

Bei all dem wollen wir mitgestalten und mitarbeiten. Das sind wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig. Deshalb wollen wir zügige aber auch intensive Koalitionsverhandlungen führen, um einen neuen AStA zu bilden.

# Eure Stimmen für Eure Interessen

Nicht selten wurden wir vor und während des zurückliegenden Wahlkampfes von anderen Listen belächelt, doch die Studierenden der Westfälischen Wilhelms-Universität haben sich entschieden:

Mit 18,7 % ist das *unabhängige Fachschaften-Forum* nur wenige Wochen nach seiner ersten Zusammenkunft auf Anhieb zu einer der stärksten Fraktionen im Studierendenparlament geworden. Dass dies einer nicht parteigebundenen Liste gelungen ist, lässt viel Spielraum für Interpretationen. Für uns bedeutet es jedoch folgendes:

Unsere Wähler haben den Weg für ein Jahr sachorientierte und pragmatische Hochschulpolitik frei gemacht und die Arbeit des derzeitigen AStA honoriert. Zum Wahlausgang hat sicherlich auch beigetragen, dass einige politische Listen zwar im vergangenen Jahr sehr engagiert im Kampf um Wählerstimmen waren, jedoch ihre Verantwortung in SP und entscheidenden Gremien nicht wahrgenommen haben. So stellen wir uns Hochschulpolitik jedenfalls nicht vor und die münsteraner Studierenden offenbar auch nicht. In einer Zeit wo es im Kampf gegen Studiengebühren und Studienkonten um nichts Geringeres als die soziale Gerechtigkeit an Hochschulen geht, werden wir unser Mandat verantwortungsvoll wahrnehmen. Wir freuen uns darauf, die Entscheidungen an unserer Uni aktiv mitgestalten zu können.

Wir danken auf diesem Wege allen, die uns gewählt haben und versichern ihnen, dass wir sie nicht enttäuschen werden.

Nochmals vielen Dank für Euer Vertrauen und Ihr werdet noch viel von uns hören!

*Euer unabhängiges Fachschaften Forum*



Wahlleiter Michah Weissinger verkündet das Endergebnis (Michael Thomann)



Mühsame Arbeit: Die Auszählung der Jura-Urne (Michael Thomann)

## öds: Respektables Ergebnis trotz Verzicht auf Papierschlacht

Die Ökologisch-Demokratischen Studierenden (öds) müssen sich – rein vom Ergebnis her beurteilt – zu den Verlierern dieser Wahl zählen. Mit 335 Stimmen beziehungsweise 3,3 % haben wir gut einen Prozentpunkt verloren. Trotzdem sind wir mit dem Ergebnis zufrieden. Hauptziel war es, unseren Sitz im StuPa trotz unserer aktuellen personellen und finanziellen Engpässe zu halten. Das ist gelungen – und zwar ohne große Papier- und Glühweinschlacht um die Wählergunst. An dieser Stelle also ein dickes Dankeschön an unsere Stammwähler – und natürlich auch die, die zum ersten Mal ihr Kreuzchen an der richtigen Stelle gemacht haben. Ihr werdet es nicht bereuen!

Das Gesamtergebnis allerdings enttäuscht uns. Nach einem Jahr ist es den linken Listen wieder gelungen, ihre „Mehrheit von Gottes Gnaden“ zurückzuerobieren. Die kleine Uni-Welt ist also durch die rot-grüne Brille betrachtet wieder in Ordnung. Leider dürfte damit auch die altbekannte linke Klientelpolitik ihr Comeback feiern: Antifa- und Internationalismus-Referenten plus reichlich Zuschüsse an allerlei obskure Grüppchen, die mit dem Uni-Alltag in Münster ungefähr soviel zu tun haben wie unsere Bundesregierung mit wirtschaftlichem Aufschwung.

Unsere Aufgabe in der Opposition wird es sein, dem neuen AStA ganz genau auf die Finger zu schauen. Parallel dazu werden wir weiter beweisen, dass man auch als kleine Oppositionsliste durchaus greifbare Ergebnisse präsentieren kann. Die großen Solaranlagen auf Mensa I und II waren nur der Anfang. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass Umweltschutz und pragmatische Hochschulpolitik an unserer Uni eine Chance bekommen.

*Stefan Küper für die öds-Münster*

## Wahlziel erreicht: Kein Sitz für die LSIAO! Letzte Deklaration der LSIAO aus der Münsteraner Provinzmetropole

An Markus W. Adornos 1997 geäußertes berühmtes Zitat, nach dem Politik mit Linsensuppe sich vergleichen lasse anschließend, ließe Hochschulpolitik als klare Brühe sich bezeichnen.

Wir, die LSIAO (Libertär Sozialistische Initiative – autonome optimistInnen), die eigentlich nur LSI heißt bzw. hieß, sind der heimlich aufgeschraubte Salzstreuer neben dem Tellerrand mit dieser Brühe. Kichernd saßen wir am Nachbartisch mit nur einer Intention: Die Suppe versalzen!

Leider haben die Rechtsaufsicht der Universität und der ZWA auf Dringen der anderen „LSI“ (Vorsicht! Willkürlicher Verdacht!) den Salzstreuer wieder zugeschraubt und da wir nun alles andere im Sinn hatten, als die fade Suppe auch noch zu würzen, blieb uns nix anderes übrig, als die Löcher des Salzstreuers so weit möglich zu verschließen.

Sollte uns doch irgendwer gewählt haben: Selber Schuld! Mit Erscheinen dieser Zeilen ist die LSIAO offiziell aufgelöst. Wir treffen uns am 14.12.2002 um 17.00 Uhr in der B@racke zum ersten, letzten und einzigen Plenum, um diese Auflösung zu manifestieren und im Anschluß mit allen, denen Spaß auch wichtiger ist als Hochschulpolitik, mit einem Auftritt des Kabarets „Der Blarze Schwock“ zu zelebrieren.

Es freut uns allerdings, gesehen zu haben, mit welchem unglaublichen „Bier“ernst fast alle anderen Hochschullisten, der AStA, das SP, Radio Q(uark) und der ZWA unserer Kandidatur betrachtet haben. Sprachen denn nicht alle Zeichen dafür, daß wir nichts als Blödsinn im Kopf hatten? Glaubtet ihr wirklich, wir wollen uns alle zwei Wochen montags in einem Politiksandkasten langweilen? Unsere Hochschulpolitik ist keine Politik – wir sind SozialistInnen! Wir werden niemanden nirgendwo vertreten und fordern die StudentInnen dieser und aller anderen Hochschulen auf, ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen!

***Wir sind alle Markus – ihr seid alle ZK!  
Noch ein anderes ZK der LSIAO***

# Wahlkampfbericht: Die Graue Zelle

Es muss ganz klar gesagt werden, dass unser Konzept, 16 Personen für 16 Sitze im SP, dieses mal nicht aufgegangen ist. Wir werden uns jetzt zusammen mit der anderen LSI (die, die nicht so heißen durfte) in einer gemütlichen Ecke im Kapitalismus niederlassen, um von dort aus die APO neu auferstehen zu lassen.

Die Linken sind heute nicht mehr, was sie früher einmal waren.

*Früher war alles besser*

PS: Das uFaFo bezeichnet sich auf seiner Homepage doch als links (ganz oben rechts)! Gut, dass der RCDS sauer ist!

# Danke, sagt die Uni-GAL

Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern für ihr Interesse an inhaltlich orientierter Hochschulpolitik.

Wir danken unseren Müttern und Vätern dafür, dass sie uns auf die eine oder andere Weise auf den richtigen politischen Weg gebracht haben.

Wir danken der Grün-Alternativen Liste Münster, die uns – ihren zukünftigen Parteikarrieristen – großzügig ihre Infrastruktur zur Verfügung gestellt hat.

Wir danken der Druckerei für die *Fliegenden Blätter* und für ihre flexible und prompte Arbeit.

Wir danken dem ZWA für die spannende Auszählung.

Wir danken Rudi Mewes fürs Layouten.

Wir danken den Wahlhelferinnen und Wahlhelfern, die das allgemeine Wahlkampfgetöse so gelassen ertragen haben.

Wir danken den 10.059 Studierenden, die sich an die Wahlurnen begeben haben.

Wir danken der rot-grünen Landesregierung für ihre „unterstützenden“ Aktivitäten, die uns schöne Wahlkampfthemen geliefert haben.

Wir danken dem Semesterspiegel für die ausgewogene und objektive Berichterstattung vor der Wahl.

Wir danken Radio Q für die kompetente Moderation der Elefantenrunde.

Wir danken allen bisherigen und künftigen Besucherinnen und Besuchern von [www.uni-gal.de](http://www.uni-gal.de)

Wenn Ihr uns mal in echt treffen und/oder aktiv an grün-alternativer Politik mitarbeiten wollt: Wir treffen uns jeden 1. und 3. Mittwoch im GAL-Büro an der Bremer Straße 54.

*Joachim Hermanns  
Oliver Varelmann  
Caterina Metje*



# Linksruck!

Zuallererst möchten wir, der RCDS Münster, uns bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken, die uns ihre Stimme gegeben und damit gegen den aktuellen Trend gestimmt haben. Auch wenn wir mit ziemlicher Sicherheit wieder nicht am AStA beteiligt sein werden, setzen wir uns weiterhin durch eine konstruktive Oppositionsarbeit und unsere Serviceangebote (Broschüren etc.) für Eure Belange ein.

Obwohl sich natürlich unsere Begeisterung über den Wahlerfolg der linken Gruppen in Grenzen hält, gratulieren wir den Gewinnern und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit, um das Beste für die Studenten an der Universität Münster erreichen zu können. Dies ist insbesondere auch deshalb wichtig, um weitere Attacken der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf effizient abwehren zu können.

Alle, die uns dabei unterstützen und auch sonst hochschulpolitisch aktiv werden möchten, laden wir herzlich zu unseren Gruppentreffen jeden Dienstag um 20:00 Uhr c.t. in unsere Geschäftsstelle im Katthagen 27/28 ein.

*Benjamin Lausch, RCDS*

# Stellungnahme der LSI

Die Liberale Studierenden-Initiative (LSI) freut sich über ihr Wahlergebnis und bedankt sich bei all denen, die ihr durch ihre Stimme das Vertrauen gegeben haben. Neben die Freude über das positive Wahlergebnis tritt bei uns die Freude über eine gestiegene Wahlbeteiligung. Wir sind aber optimistisch und hoffen, dass sich die Wahlbeteiligung weiter nach oben entwickeln wird. Dies kann jedoch nur dann geschehen, wenn Hochschulpolitik an unserer Universität in Münster transparenter und für alle Studierenden zugänglicher wird. Hier wird der neue Allgemeine Studierenden-Ausschuss (AStA) zeigen können, ob er diesbezüglich tatsächlich Akzente setzt.

Die LSI hat bei den Wahlen zum Studierendenparlament fünf Sitze errungen. Waren wir vor drei Jahren noch eine der kleinsten Listen, so haben wir uns als größere hochschulpolitische Liste mittlerweile etabliert. Wir interpretieren dies als Beweis dafür, dass von einer Vielzahl von Studentinnen und Studenten in Münster eine hochschulpolitische Liste der Mitte gewünscht ist. An den Prinzipien der Mitte und der Offenheit halten wir fest und sehen uns enttäuscht darüber, dass sich andere Listen durchaus unabhängig nennen, aber leider nicht unabhängig sind. So schloss das unabhängige Fachschaftenforum uFaFo, das der eindeutige Gewinner der Wahl ist, kurz nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse eine AStA-Bildung mit uns aus, ohne überhaupt Gespräche mit uns geführt zu haben. Die LSI, die letztes Jahr mit der AStA-Bildung von den Wählern beauftragt wurde, sprach hingegen mit allen Listen.

Somit versteht nun die LSI ihre Rolle im neuen Studierendenparlament als die des konstruktiven Oppositionsführers: Wir werden nicht stumpf gegen die Anträge der anderen Listen stimmen sondern sind viel mehr für eine gemeinsame Politik zum Wohle aller Studierenden bereit. Das bedeutet aber auch, dass wir die Mehrheiten im Studierendenparlament an ihre Versprechen und Vorhaben aus dem Wahlkampf erinnern werden. Daran sollen sie dann spätestens in einem Jahr auch gemessen werden.

*David Juncke, LSI*

# Bürgerzorn

Thomas ist 26. Er hat gerade sein Politologie-Studium in Frankfurt abgeschlossen. Gesamtnote 2,0 – da kann man nicht klagen. Thomas hat auch sechs Jahre als freier Mitarbeiter für verschiedene Zeitungen in der Region geschrieben. Ein flexibler, sehr engagierter und talentierter Mitarbeiter, wie ein Arbeitszeugnis ihm bescheinigt. Thomas wollte Journalist werden. Dafür hat er hart gearbeitet. Praktika bei der „Woche“ (als es die noch gab), der „Frankfurter Rundschau“ und der dpa gehörten dazu. Das große Berufsziel war ihm die Semesterferien wert.

Thomas ist arbeitslos. 47 Bewerbungen, 47 Absagen. Den meistgelesenen Satz kennt er auswendig: „Aufgrund der momentanen wirtschaftlichen Situation können wir Ihnen zur Zeit leider kein Volontariat anbieten.“ Die „Situation“ herrscht auf dem Printmedienmarkt seit rund zwei Jahren und hat sich fortwährend drastisch verschlechtert. Eine Krise, wie sie die bundesdeutsche Blätterlandschaft seit dem zweiten Weltkrieg nicht erlebt hat.

Der Grund: Der Anzeigen- und Stellenmarkt ist den Zeitungen fast vollständig weggebrochen. Die Konjunkturfalte zwingt die Unternehmen zu Einsparungen im Werbe- und Personalbereich. Zudem gehen die Abonnentenzahlen zurück. Die Verbraucher sparen bei der Zeitung.

Kein Wunder: Die Zumutbarkeitsgrenze ist bei den meisten längst überschritten. Jeden Morgen neue haarsträubende Meldungen aus Politik und Wirtschaft. Die anfangs mit dem Hartzkonzept noch mühsam kaschierte Ratlosigkeit der Bundesregierung hat ihre kaum noch für möglich gehaltene Steigerung in vor Inkompetenz zum Himmel schreienden Aktionismus gefunden. Das angekündigte Stopfen von Steuerschlupflöchern wurde flugs zu einer allgemeinen Steuererhöhung. Es reicht ein Semester VWL um zu wissen, dass so etwas in Zeiten einer Fast-Rezession Gift ist. Kombiniert mit einer konsequenten Senkung der Staatsinvestitionen hat die Regierung die

Chancen deutlich erhöht, dem Patienten BRD auch noch flugs den Todesstoß zu versetzen.

Aber damit nicht genug: Die übereinstimmende Analyse aller namhaften Ökonomen, dass selbst eine deutliche Konjunkturbelebung die Arbeitslosigkeit nicht spürbar abbauen wird, ignoriert die Regierung genauso konsequent. Das Hartz-Konzept zur besseren Verwaltung von vier Millionen Arbeitslosen ist dafür ein Paradebeispiel – damit seine Wirkung auch ganz bestimmt vollends verpufft, wurde es vor der Umsetzung noch ordentlich verwässert. Fest im Griff der Lobbyisten aus Gewerkschaften (die Wahlentscheider) und einigen Großkonzernen (Freunde des Autokanzlers) hat die Regierung die derzeit vier Millionen schon längst abgeschrieben. Neu ist, dass dieser „Stand der Rechtlosen“ nun auch immer öfter durch Akademiker wie Thomas vergrößert wird. Ein deutliches Zeichen dafür, dass eben Konjunktur und Qualifikation der Arbeitnehmer nur zwei Gründe für Arbeitslosigkeit sind. Der Dritte liegt in den starren Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen. Eine Reform in diesem Bereich ist unvermeidlich, garantiert aufgrund der anfangs schmerzhaften Einschnitte aber nicht unbedingt die Wiederwahl in knapp vier Jahren. Das weiß der machtbesessene Kanzler – und wurschtelt daher munter weiter an den Symptomen rum.

Die rot-grüne Regierung ist am 22. September denkbar knapp wieder gewählt worden. Sie ist also demokratisch legitimiert. Kräftige Kratzer erhält jedoch ihre moralische Legitimation dadurch, dass als notwendig erkannte Reformen dem Machterhaltungstrieb der Regierung geopfert werden. Wer so handelt, tritt das Gemeinwohl mit Füßen und entspricht in keiner Weise den Grundanforderungen, die an eine Regierung gestellt werden müssen.

Dass Arnulf Baring für seinen in der FAZ veröffentlichten Aufruf zum Aufstand gegen die Regierung angegriffen werden würde, war klar. Doch deshalb



Verwässert: Des Hartz' sein Konzept

hat der Mann nicht unbedingt weniger Recht. Es geht nicht um irgendwelche verqueren „Putschvisionen“. Es geht darum, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht nur Reformbereitschaft demonstrieren, sondern Reformwillen einfordern. Dazu bedarf es massiven Drucks von der Straße. Geballter Bürgerzorn ist das einzige, worauf Machterhaltungstrieb reagiert. Thomas würde mitmachen. Keine Frage.

*Stefan Küper*

— Anzeige —

**Gesundheit ist ein Menschenrecht**  
Deshalb hilft **ÄRZTE OHNE GRENZEN** in mehr als 80 Ländern Menschen in Not – ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion oder politischen Überzeugung.

**Helfen Sie mit!**

**MEDECINS SANS FRONTIERES**  
**ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**

1110 3402

**ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**  
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin  
[www.aerzte-ohne-grenzen.de](http://www.aerzte-ohne-grenzen.de)  
Spendenkonto 97 0 97  
Landesbank Berlin • BLZ 100 500 00

# Typisch Deutsch!

## Der Steuersong

„Was du heute kannst versprechen, kannst du morgen wieder brechen, und drum hol ich mir jetzt jeden einzeln Geldschein, euer Pulver, eure Kohle, euer Sparschwein...“

Endlich ist es gewiss: Unser Kanzler ist ein lüggender Abzocker, der die Steuern erhöht und sich unser angespartes Geld in die eigenen Taschen steckt. Ein Diktator, der in Saus und Braus lebt und sich, einmal gewählt, nicht mehr um die Situation seiner Untertanen schert... Kein Wunder, dass wir Bürger uns ver-

Saddam Hussein freut sich noch, dass Schröder Kanzler ist, hat dieser sich schließlich gegen den Irak-Krieg ausgesprochen. Und jetzt noch die ganzen Steuerschweinereien. Wenn die uns nicht erst recht die Luft abschnüren.

Von Kanzler und Ministern abgezockt, schreit das Land nach neuen ehrlichen Vorbildern fürs 21. Jahrhundert. Einer von ihnen: Elmar Brand heißt der junge Mann, der heldenrühmlich mit der Kanzlerstimme die ganze Wahrheit über den Mensch und Politiker



Elmar Brandt und sein Promotor

([www.gerdshow.de](http://www.gerdshow.de))

schaukeln und belogen fühlen. Die Opposition klagt über den „größten Wahlbetrug in der Geschichte Deutschlands“. Vergleiche mit der Weimarer Republik machen die Runde. Mit unserem Staat geht es den Bach runter. Das weiß jeder. Auch die Medien: Rot-Grün hat Deutschland systematisch heruntergewirtschaftet, sich als unfähig erwiesen, die nötigen Reformen anzupacken, und so Wirtschaft und Land wieder in Schwung zu bringen. Im Ausland lacht man spöttisch über uns, nur

Schröder aus der Ketchup-Flasche spritzt:

„Ich erhöh euch die Steuern und ihr könnt mich nicht feuern, das ist das geile an der Demokratie... Ich greif euch tief in die Tasche, jeder von euch Spackos bunkert irgendwo noch Asche, und die find ich schon, egal wo sie auch liegt... Ich zum Beispiel hab nen Chauffeur, da kann ich mir das Steuern sparn, ha, ha, ha... Die Kröten wandern von eurer in meine Tasche... Und wie wärs denn, wenn mal die Arbeitslosen was

abdrücken, gibt doch so viele von denen...“

Trotz mieser Depri-Stimmung klopfen wir uns beim „Steuersong“ lachend auf die Schenkel, natürlich darauf bedacht, unser Portemonnaie gut bei uns zu halten. Ist ja auch einfach lustig, die Scheibe, oder?

Vielleicht noch beim ersten Hören. Wenn man jedoch mit nur ein wenig Verstand an die lockeren Zeilen herangeht, merkt man schnell: Der Songtext ist genauso erstunken und erlogen, wie angeblich jedes Kanzlerwort. Zwar mag es richtig sein, dass Schröder vor der Wahl so manche Wahrheit über Steuerlöcher bewusst nicht erwähnt hat, genauso richtig ist aber auch, dass die Ministerpräsidenten der Länder, allen voran der bayerische Herausforderer, genauso über die Finanzlage der Bundesrepublik informiert waren. Entscheidend ist die konkrete Unterstellung, der Kanzler schiebe sich tatsächlich unser Geld in die eigenen Taschen.

Wie blöd müssen wir Bürger sein, die wir nicht sehen, nicht verstehen und auch nicht verstehen wollen, dass die angestrebten Subventionskürzungen (die vor der Wahl übrigens einstimmig von Opposition und Wirtschaftsexperten gefordert wurden) keinem anderen Ziel dienen, als die Leistungen des Staates für unser aller Wohl (Straßen, Schulen, Polizei, um nur drei zu nennen), auch in Zukunft auf einem erforderlichen Standard zu halten. Wie blöd müssen wir sein, die wir überhören, dass durch die Kürzungen zum Großteil jener kleine Prozentsatz wirklich gut verdienender Deutscher zur Kasse gebeten wird, der es sich leisten kann, mehr Lasten für die Solidargemeinschaft zu tragen (und sogar will, wie eine Internetkampagne Vermögender für die Einführung einer Vermögenssteuer zeigt). Wie dumm müssen wir sein, die wir vergessen, dass Vorstandschefs in Deutschland (trans-) nationaler Unternehmen ihre Konzerne ungestraft vor die Wand fahren können, tausende „Kostenfaktoren“ (früher hieß das einmal „Menschen“) abbauen und selbst mit einer „Abfindung“ in zweistelliger Millionenhöhe nach Hause geschickt werden (Gab es da nicht mal so ein Telekommunikationsunternehmen?).

Die wir schließlich die Tatsache, dass gleichzeitig die uns so verhassten Politiker freiwillig auf einen Inflationsausgleich ihrer Gehälter verzichten, wieder nur als verlogenes Ablenkungsmanöver von anderen Gaunereien auslegen.

Es stimmt bedenklich, oder eher traurig, dass wir scheinbar wirklich so dumm und naiv sind. Dass wir nicht kritisch hinterfragen oder gar selbst politisch aktiv werden, sondern lieber in den Plattenladen marschieren und uns – Geiz ist Geil! – das Geld selbst aus den Taschen ziehen und für einen Steuersong auf die Theke legen. „*Wer die Gerd-Show hören will, der muss*

*auch zahlen*“, immerhin das stimmt. Ist ja auch ein toller Kerl, dieser Elmar Brandt. Der darf ruhig zugeben, dass es ihm nur ums Geld für die neue Single geht, ist ja schließlich auch kein Politiker...

Jedem halbwegs verständigen Wesen sollte zumindest bei dem Gedanken ein wenig unwohl werden. Und klar, dass die Scheibe neben ein bisschen mehr Luxus für den netten Elmar, vor allem eines ist: Eine Steilvorlage für die Opposition, die ihre neue Rolle nicht mehr im konstruktiven Opponieren, sondern vielmehr im pauschalen Schlechtreden und Miesmachen gefunden zu haben scheint. Ist ja schließlich auch viel ein-

facher, sich jeden Tag neue Metaphern für das rot-grüne Versagen auszudenken, als gar selbst über einen politischen Zukunftsentwurf und konkrete, realistische Reformen nachzudenken, geschweige denn gar auch noch über die eigenen politischen Werte und Strategien... Und dann sind da ja auch noch die Landtagswahlen im Februar und März. Warum also nicht schnell in die Populismus-Tüte greifen und im Volk Stimmung gegen Einwanderer oder die EU-Erweiterung machen? Das Konzept hat sich schließlich schon beim letzten Mal für Roland Koch ausgezahlt....

**Jonas Bertling**

*Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.*

Artikel 14

*(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*

Wolfgang Wiegard und Arnulf Baring stehen mit ihren Aufrufen nicht allein da. In Deutschland hat sich eine wirtschaftliche Elite etabliert, die sich sozial abschottet und einen unbarmherzigen Klassenkampf von oben führt. Ihnen stehen dabei nicht nur die traditionell konservativen Zeitungen wie Welt, FAZ und Bildzeitung zur Verfügung sondern auch der Spiegel beispielsweise sieht in Schröder (der übrigens gemeinsam mit Clement das Ende des Wohlfahrtsstaates proklamierte) einen Kanzler, der den Gewerkschaften höflich sei.

Werden wir demnächst mit Schlagzeilen konfrontiert wie „Obdachlose Millionäre müssen zur Weihnachtszeit frieren!“ oder „Bereits der 7. Milliardär verhungert!“ Sollen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger einen Solifonds für die Wirtschaftselite einrichten? Oder muss das Schengener Abkommen aufgehoben werden, damit nicht 40% der deutschen Betriebe als Wirtschaftsflüchtlinge Liechtenstein überfluten? Was heißt das, wenn ein sogenannter

## Gehören Arnulf Baring und vier der fünf „Wirtschaftsweisen“ in den Knast?

### Zu den kriminellen Machenschaften des Klassenkampfes von oben

Wolfgang Wiegard, Vorsitzender des fünfköpfigen Wissenschaftlergremiums, forderte am 13.11. bei Vorstellung des diesjährigen Gutachtens dass es „mehr soziale Ungleichheit“ geben müsse. Arnulf Baring forderte eine Woche später die Reichen in der Republik zu einem Steuerboykott auf. Ich denke, dass diese beiden Typen sich damit jenseits der Grundrechte befinden und ich vermute, dass der Straftatbestand der Volksverhetzung gegeben ist. Sie haben ja schließlich nicht als Privatpersonen Meinungen von sich gegeben, sondern als prominente Personen in der Öffentlichkeit zu einer stärkeren Spaltung der Gesellschaft aufgerufen, in der es noch stärker als heute Gewinner und Verlierer geben soll.

Einige Grundrechte, die sie mit den Füßen treten, habe ich unten aufgelistet:

#### Die Grundrechte:

##### Artikel 1

*(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*

*(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.*

##### Artikel 2

*(1) Jeder hat das Recht auf die freie*

*Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.*

*(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.*

##### Artikel 3

*(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.*

*(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner*

„Wirtschaftsweiser“ „mehr soziale Ungleichheit“ vor allem in den Bereichen Alter und Krankheit fordert?

Ich zitiere hier das „Forum zur Verbesserung der Situation pflegebedürftiger alter Menschen in Deutschland“:

„Bei 4000 Qualitätsprüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen bis Ende 1999 wurden erhebliche Defizite im stationären Altenpflegebereich festgestellt:

- Wundgelegene, von Austrocknung und Unterernährung gekennzeichnete alte Menschen.

- Bis zu 85 % der Bewohner sind unterernährt.

- Ca. 36 % leiden an Austrocknung.

- Jeder Dritte leidet unter Schäden infolge mangelhafter Pflege. Nur bei 4,9 % war die Pflege angemessen.

Ein Altwerden in Würde ist in deutschen Pflegeheimen nicht mehr möglich.

Die Mißstände sind seit mehr als 20 Jahren bekannt. Die Situation verschlechtert sich indessen immer mehr.“

Wiegard hat in seinem Aufruf deutlich gemacht, dass es nicht nur darum geht, dass es den Privilegierten besser gehen muss, sondern dass es vor allem den

Unterprivilegierten schlechter ergehen soll als bisher. Alle die in Altenheimen arbeiten wissen, dass von einer unantastbaren Würde dort keine Rede sein kann. Dieser Wolfgang Wiegard aber fordert dazu auf, dass im Bereich Alter und Krankheit gefälligst mal so richtig gekürzt werden soll. Warum rennt der eigentlich noch frei herum?

Ein anderes herausragendes Problem in Deutschland, mit dem ich mich schwerpunktmäßig beschäftige, ist das der sozialen Selektion in Deutschland. Vor wenigen Tagen ist der Unicef-Bericht zu „Educational Disadvantage in Rich Nations“ herausgekommen. „Germany“ ist einer Sonderseite in dem 35-seitigen Bericht gewidmet. Ich zitiere die ersten Zeilen:

**“Germany: children sorted for life**

*How fair are decisions of the German school selection system? Most OECD countries have secondary schools that differ in the type of education they provide to children – general, vocational, technical and so on. But Germany stands out from the rest of*

*these countries in two ways. First, the sorting of children into different school tracks happens at a notably early age: around ten. This is a feature shared only with Austria. Second, the hierarchical structure of the German educational system and the importance of particular qualifications in the German labour market mean that the track a child ends up in has a particularly strong impact on later life.”*

Der Unicef-Bericht bestätigt den PISA-Bericht, wonach in kaum einem Land die Chancen auf eine höhere Bildung so stark vom Bildungsgrad der Eltern abhängen wie in Deutschland. Es ist peinlich, ein Deutscher zu sein. Das deutsche Selektionsdenken, welches seinen Höhepunkt an der Rampe von Auschwitz fand, setzt sich bis heute fort.

Nein ich bin gegen die Einknastung von solchen Kerlen wie Wiegard, Baring... aber sie sollen die Klappe halten. Echt.

**Andreas Kemper, Referent für Sozialpolitik im AStA der WWU**

Der Semesterspiegel sucht ab **Dezember** einen

## Layouter (m / w),

der im Rahmen von Vorgaben der Redaktion dem Semesterspiegel, der Zeitung der Studierenden der Universität Münster, ein einheitliches und einprägsames Erscheinungsbild verleiht.

### Arbeitsbedingungen

Der Semesterspiegel erscheint während der Vorlesungszeit einmal pro Monat (sieben Ausgaben pro Jahr). Die Erstellung des Layouts für die entsprechende Ausgabe hat innerhalb von drei Tagen nach Erhalt der notwendigen Unterlagen (Texte in digitaler Form, Layoutmaterial) zumeist an einem Wochenende zu erfolgen. Andere Arbeitsbedingungen sind in Absprache mit dem HerausgeberInnengremium und der Redaktion des Semesterspiegels möglich. Ein Arbeitsplatz mit dem notwendigen Equipment zur Erstellung des Layouts wird in Absprache mit dem HerausgeberInnengremium und dem Allgemeinen Studierenden Ausschuss der Westfälischen Wilhelms-Universität gestellt.

### Vergütung

Pro Ausgabe erhält der Layouter eine finanzielle Aufwandsentschädigung (Pauschalbetrag). Eigene Fotos und Artikel werden gesondert vergütet. In der Bewerbung ist die Höhe der angestrebten Aufwandsentschädigung zu nennen und zu begründen.

**Die Bewerbung ist schriftlich mit Arbeitsproben in einem verschlossenen Umschlag zu richten an:**

Semesterspiegel - Zeitung der Studierenden der Uni Münster  
Stichwort: Layout  
Schloßplatz 1  
48149 Münster

**Bewerbungsschluß: 13. Januar 2003**

# Aufregung im Sandkasten

**Jan Balthasars schwarz-grüne Planspiele taugen nicht - in Berlin nicht und in Münster schon gar nicht.**

**Jan Balthasar hat im vorletzten Semesterspiegel beredt für schwarz-grüne Perspektiven geworben. Leider kam die Realität im hochschulpolitischen Sandkasten dabei etwas zu kurz. Aber wovon Joschka Fischer in Berlin wohl vorläufig nichts wissen will, fasziniert in Münster nicht wenige Grüne - aber auch sie machen die Rechnung ohne den Wirt.**

So frisch wie bei Jan Balthasar präsentiert sich die Union in der Realität noch lange nicht: Im Bundesrat hat sich die Union wie erwartet darauf verlegt, Regierungspolitik zu verhindern. Ein Ersatz für eigene Politikkonzepte ist das noch lange nicht. Und von Angela Merkels pompösem Begriff der „neuen sozialen Marktwirtschaft“ ist wenig geblieben im politischen Alltag. Die Union hat schon im Wahlkampf auf populistische Agitation etwa gegen die rot-grüne Unternehmenssteuerreform gesetzt, hat milliardenschwere Versprechungen für die Familienpolitik gemacht – aber wirkliche Alternativen zum Regierungshandeln hat sie nicht vorgelegt. Dass Angela Merkel auf ihre Parteifreunde „erfreulich unideologisch“ wirkt, ist möglich, aber man könnte es auch konzeptlos nennen. Da bleibt dann die Frage, wieso die Wählerinnen und Wähler einer angeblich so grundlegend erneuerten Union am 22. September 2002 keinen Regierungsauftrag erteilt haben. Offenbar wird deren Innovationsfähigkeit allgemein kritischer bewertet als bei Jan Balthasar.

Nun sieht der die Koalition der Zukunft ja in schwarz-grün. Schade nur, dass die Wählerinnen und Wähler beider Parteien recht deutlich gemacht haben, dass sie eher auf rot-grün bzw. schwarz-gelb setzen. Gerade auch in Münster ist z.B. durch die erfolgreiche SPD-Erststimmekampagne für Christoph Strässer und das grüne Stimmen-splitting klar geworden, dass auch mindestens die Hälfte der grünen Wählerinnen und Wähler auf eine Koalition mit der SPD setzt und auf nichts anderes.

Das hindert freilich selbsternannte Strategen in der grünen Ratsfraktion und um den Kreisvorsitzenden Achelpöhler nicht daran, auch – wie neulich in der MZ zu lesen war – auf schwarz-grüne Optionen auf kommunaler Ebene zu setzen.

Insofern hat Jan Balthasars Szenario einen realen Bezug. Zugleich wird hier in der praktischen Politik klar, welche grandiosen Resultate ein solches Bündnis zuwege bringt. Beide Parteien streben in Münster die Umwandlung etwa des Parkplatzes an der Engelenschanze in eine Grünfläche an, wenn nebenan ein Parkhaus entsteht. Kostenpunkt: mehr als 1,5 Millionen Euro. Schwarz-grüne Einigkeit, wenn es darum geht, das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sinnlos zu vernichten. Einigkeit auch, wenn man große Einzelhandelsprojekte zur Belebung der Innenstadt und des Wettbewerbs wie das Einkaufszentrum an der Stubengasse gemeinsam zu Fall bringt – an solchen kommunalen Beispielen wird deutlich, wie es um die Innovationspotenziale eines solchen Bündnisses bestellt ist, die Jan Balthasar so gepriesen hat. Kleinkarierte Verhinderung von Innovation und Verschwendung öffentlicher Gelder sind das Ergebnis.



ne ihrer Funktionäre. Und im Ernst: Glaubt denn irgendwer, dass die beiden anderen Parteien solchen Plänen tatenlos zusehen werden und den enttäuschten Wählerinnen und Wählern der beiden Traumpartner nicht auch ein attraktives politisches Angebot machen können?

*Michael Jung*

(Roman Lang)

# Betrachtungen über Gewissen, Moral und den Umgang mit anderen - auch in der Hochschulpolitik

Am 13. Oktober hielt Dr. Erhard Eppler den folgenden Festvortrag in der Heilbronner Kilianskirche. Erhard Eppler war Bundestagsabgeordneter und SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Kabinett Willy Brandts. Er zog in seinem Vortrag eine Art Resümee aus über 30 Jahren politischer Tätigkeit. Mich hat seine Rede sehr beeindruckt und auf eine ganz eigene Art an die Zustände in der Hochschulpolitik an der Uni Münster erinnert. Es wäre utopisch, zu glauben, dass sich alle Beteiligten Epplers Gedanken zu Herzen nehmen. Aber vielleicht regt der Text einige zum Nachdenken an. Ich hoffe es.

*Michael Thomann*

## Vom allzu guten Gewissen

I. Wir leben in einer Erfolgsgesellschaft, nicht in einer Leistungsgesellschaft. Was zählt, ist der Erfolg, nicht das, was dazu geführt hat. Der Erfolg ist messbar, in Geld, in Aktienkursen, in Karriere, in Wählerstimmen. Weil dies so ist, denken wir meist ganz unbewusst in Quantitäten. Mehr Umsatz ist besser als weniger Umsatz. Mehr

Gewinn ist besser als weniger Gewinn. Die Aktienkurse geben die Schwankungen im Wert eines Unternehmens auf den Cent genau an.

Wir sind in der Versuchung, unser quantitatives Denken auch auf Fragen der Moral anzuwenden. Wenn ganz offenkundig unmoralisch gehandelt wird, wenn Ärzte, Geschäftsleute, Beamte oder Politiker sich bestechen lassen, rufen wir nach mehr Moral. Aber was wir bekommen, ist oft nur Gerede über Moral, Vorwürfe wegen mangelnder Moral, Anklagen gegen die angeblich so unmoralischen anderen. Nicht selten wird Moral dann, was sie nie werden dürfte, nämlich zur Keule, mit der wie den Gegner niederschlagen wollen. Wir bekommen Moral in statt Moral.

Wo es um Moral geht, versagt das quantitative Denken. Schon die Scholastiker des Mittelalters haben uns gewarnt: „Summa moralitas est summa immoralitas!“ Die höchste Moral kann umschlagen in die schlimmste Unmoral. Und das tut sie jeden Tag.

Wir lassen uns nicht mehr gerne erinnern an die Vorfahren, die ihre Kinder erbarungslos geprügelt haben, nicht weil sie sadistisch veranlagt gewesen wären, sondern weil sie dies für ihre Pflicht hielten.

Wen der Herr lieb hat, den züchtigt er. Und wen ein Vater lieb hat, den prügelt er. So wurde mit bestem Gewissen geprügelt. Es ging darum, den Kindern Moral beizubringen, ihnen den Hang zum Bösen auszuprügeln, und das verschaffte ein unanfechtbar gutes Gewissen bei denen, die zuschlugen. Heute wissen wir, was dabei zerschlagen und zertreten wurde – und bis heute zertreten wird.

Aber auch wo weniger Brachialgewalt im Spiel war, konnte die höchste Moral in Unmoral umkippen. Wer kennt nicht die verbitterten Töchter besonders frommer Familien, die, wenn und weil sie alleine und verlassen alt wurden, ihre Eltern verfluchten. Die frommen Eltern, die den Kindern zeigen wollten, was christliche Moral sei, haben den Töchtern alles verboten, was junge Menschen nun einmal brauchen: das Tanzen, den Kinobesuch mit dem Freund, den Ausflug mit dem Fahrrad in einer Gruppe lustiger Mädchen und Burschen. Und das Ergebnis war: Die hübschen Mädchen, die gute Ehefrauen oder Mütter geworden wären, hatten gar keine Gelegenheit, jemanden kennen zu lernen, mit jemandem zu flirten, in irgendetwelche Liebeshändel zu geraten. Was die hochmoralischen Eltern da anrichteten, war die pure Unmoral. Es hemmte und verdarb das Leben ihrer Kinder. Aber weil es ihnen ja darum ging, die Moral aufrecht zu erhalten, hatten sie ein gutes Gewissen. Und überdies hielten sie sich für gute, ja für die besseren Christen. Dabei dürften sie sich getäuscht haben. Jesus von Nazareth waren die allzu guten Gewissen immer unheimlich. Was er den Pharisäern vorwarf, war ja nicht, dass sie



In jungen Jahren: Erhard Eppler

ernsthaft versuchten, nach dem Gesetz zu leben, sondern dass sie daraus ein so unerschütterlich gutes Gewissen ableiteten. „Herr, ich danke Dir, dass ich nicht so bin wie jene!“

Die hochmoralischen Männer, die, wie nur das Johannesevangelium berichtet, die Ehebrecherin steinigten wollten, hatten ein sehr gutes Gewissen. Sie meinten der Moral zu dienen, indem sie die Sünderin steinigten. Jesus ließ sich nicht auf eine Diskussion mit ihnen ein. Er sagte nur – nach längerem Schweigen –: „Wer unter Euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein.“ Er stürzte und zerstörte ihr allzu gutes Gewissen und machte sie damit wieder menschlich. Sie zogen ab, weniger von Moral triefend, aber menschlicher, als sie gekommen waren.

**II.** Die Geschichte ist voll von Beispielen, wie eine überspitzte Moral in Unmoral umkippt, wie ein unanfechtbar gutes Gewissen Unheil anrichtet.

Tatsächlich sind alle großen Verbrechen der Menschheitsgeschichte mit bestem Gewissen verübt worden. Immer waren Männer am Werk – ja, es waren immer Männer, keine Frauen! –, die sich zu Streibern Gottes ernannt hatten, manchmal auch ernannt worden waren und die nun im Namen Gottes das exekutierten, was sie für Gottes Willen hielten. Ein Beispiel waren die Kreuzzüge. Was gab es Großartigeres für einen Ritter aus Flandern, Burgund oder Schwaben, als im Auftrag des Papstes die heiligen Stätten von den Ungläubigen zu befreien? Wo Jesus gelehrt und gelitten hatte, sollten nicht mehr Muslime, sondern fromme Christen herrschen. Dafür lohnte es sich, aufzubrechen in die Fremde, die Entbehrungen auf sich zu nehmen, die Ludwig Uhland mit den Worten umschrieb: „Viel Steine gab's und wenig Brot.“

Weil es darum ging, die Feinde Gottes zu züchtigen, fing man schon im Rheinland damit an. Da lebten größere Judengemeinden, und die Juden, die den Herrn ans Kreuz geliefert hatten, waren ja nicht besser als die Muslime. Und so begann der Kreuzzug der Gottesstreiter mit dem Mord an hilflosen, ahnungslosen Juden. Wie diese frommen Ritter im heiligen Land, etwa in Jerusalem, gehaust haben, haben die Muslime bis heute nicht vergessen. Eigentlich waren die Kreuzzüge ein religiöses Unternehmen mit hoher moralischer Moti-

vation. Aber eben deshalb waren die Methoden der Ritter brutaler, unmenschlicher als in den üblichen Scharmützeln und Kleinkriegen. Jetzt hatten sie es ja nicht mit ihresgleichen zu tun, sondern mit Feinden Gottes.

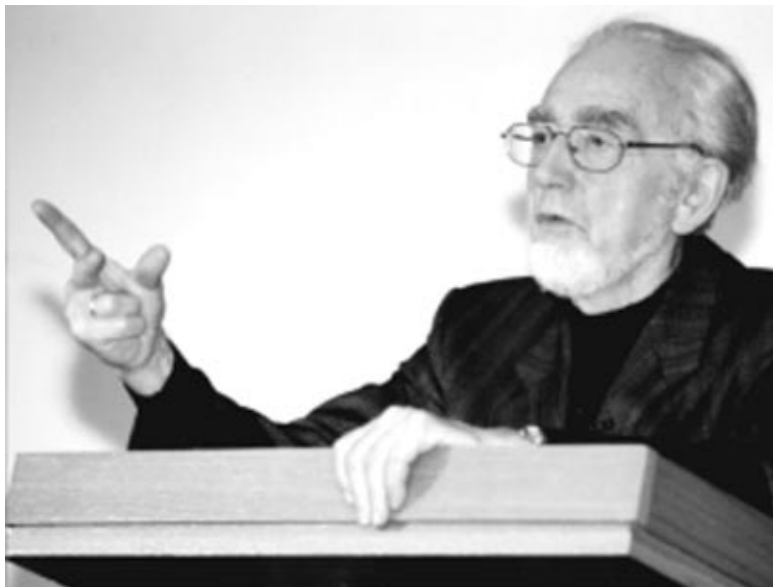
Ähnlich gut war das Gewissen derer, die Ketzer und später Hexen verbrannten. Erstens sorgten sie dafür, dass der richtige Glaube nicht gefährdet oder verwirrt wurde. Und überdies verschafften sie den verführten Seelen eine letzte Chance, den Verlockungen des Teufels und der ewigen Verdammnis zu entgehen. Sie wollten nicht nur das Beste, sie taten das Beste und hatten keinen Anlass zu schlechtem Gewissen. Sie handelten im Namen der Kirche, und die Kirche war ein Werk des heiligen

Geistes. So hatten sie einen moralischen Panzer, der sie gegen das Mitgefühl der gequälten schützte.

Einen ähnlichen Panzer verpasste sogar Heinrich Himmler seinen SS-Leuten, deren Aufgabe es war, tausende von jüdischen Frauen und Kindern zu erschießen oder zu vergasen. Die jüdische Rasse hatte in der NS-Ideologie die Rolle des Teufels übernommen. Sie auszurotten, war eine gute Tat, keine angenehme, wie Himmler zugab, aber eben eine gute. Da gab es, wie uns ein Onkel erzählte, der in der Ukraine als Oberstabsarzt tätig war, junge SS-Leute, die das nicht durchhielten, die zusammenbrachen, als psychische Wracks im Lazarett landeten. Aber das rechnete Himmler in seiner berüchtigten Posener Rede zu den menschlichen Schwächen. Die Helden, die er feierte, waren die anderen, die inmitten von tausenden von Leichen standhaft und, wie Himmler meinte, „anständig“ blieben. Auch der Judenmord wäre nicht möglich gewe-

sen, hätte man den Mördern nicht ein gutes Gewissen verschaffen können.

**III.** Die 19 Mörder und Selbstmörder, die am 11. September 2001 Stewardessen und Piloten erstachen und mit vollbesetzten Passagiermaschinen in die Türme des Welthandelszentrums und ins Pentagon rasten, hatten nicht nur ein gutes Gewissen, sie fühlten sich sogar als Werkzeuge Allahs, der sie, sobald sie ihr Zerstörungswerk getan hätten, im Paradies belohnen würde. Sie



Eppler bei einem seiner vielen Vorträge

opferten ihr Leben im Kampf gegen das Böse in Gestalt der amerikanischen Macht, der wirtschaftlichen in New York, der militärischen in Washington. Sie hatten Allah um Hilfe angerufen. Sie waren keine geborenen Killer, sie waren unauffällige Bürger, Studenten, Geschäftsleute, fromme Muslime, die fleißig beteten.

Was den Attentätern von New York als Inbegriff guten Handelns erschien, war für den Präsidenten der Vereinigten Staaten die Verkörperung des Bösen. Schon am nächsten Tag proklamierte er den Kampf – zuerst sagte er sogar den Kreuzzug – gegen das Böse, das sich im Terrorismus manifestierte. Er, der Repräsentant der Freiheit, der Menschenrechte, also des Guten, wollte das Böse bekriegen, so lange und so energisch und so gründlich, bis es besiegt sei. Der Kampf des Guten gegen das Böse ging in die nächste Runde, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Zwischendurch konnten wir in Video-Aufnahmen sehen und hören, wie



Bin Laden alle Muslime aufrief, sich seinem Kampf der Streiter Allahs gegen das Böse anzuschließen. Denn darin waren sich Bush und Bin Laden einig: Die Guten kämpften gegen die Bösen. Natürlich war der Böse der jeweils andere.

Nun werden wir als westliche Demokraten darauf pochen, dass Bush mit seiner Einschätzung näher an der Wirklichkeit ist als Bin Laden. Aber für unseren Kontext ist wichtig, dass Gottesstreiter, die sich mit dem Bösen oder den Bösen – etwa einer Achse des Bösen – messen, ein unanfechtbar gutes Gewissen haben. Daher können sie auch Mittel anwenden, die sonst als fragwürdig, ja als unerlaubt gelten. Bush kann der übrigen Welt sagen: Wer nicht für uns ist, wer uns nicht hilft, das Böse zu besie-

den einen für sympathischer, kompetenter, energischer halten als den anderen. Den absolut guten hochzujubeln oder den total bösen Kandidaten zu verwerfen, ist unpolitisch.

Weil aber Politik der Bereich des Relativen, des Komparativs ist, können Kreuzzüge der Guten gegen die Bösen nur Unheil anrichten. Sie werden mit dem unanfechtbar guten Gewissen geführt, das man einem von Hause aus nicht kriminellen Menschen aufreden und beibringen muss, damit er Verbrechen begeht, an die er sonst nie gedacht hätte.

Natürlich muss man Terror bekämpfen, mit allen Mitteln, die einem Rechtsstaat und einer Staatengemeinschaft zur Verfügung stehen. Sie können, wo Polizei und Justiz

körperung des Guten sehen.

Leider wird auch unsere Innenpolitik, also der Wettbewerb zwischen demokratischen Parteien um die Macht, oft als Kampf zwischen gut und böse ausgefochten. Dann geht es nicht mehr darum, wer die besseren Konzepte und Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Umweltzerstörung oder für den Frieden hat, sondern wer den anderen als unmoralisch, als moralisch unterlegen, unzuverlässig, ja als bösartig, skrupellos und verschlagen darstellen kann. Um es gleich vorwegzunehmen: Keine Partei gewinnt bei diesem Spiel, alle verlieren, weil dabei das Ansehen der Politik und derer, die sie betreiben, schwindet. Bezichtigt eine Partei die andere der Lüge, so pflegen die meisten Deutschen zu nicken: Ja, sicher, die lügen. Aber die anderen, die sich jetzt so erregen, natürlich auch. Politiker sind eben Lügner. Genauso verhält es sich mit dem Vorwurf, der andere betrüge, breche sein Wort, die Verfassung, verrate die Nation oder die NATO, sei korrupt oder doch korrumpierbar. Natürlich, so sind die Politiker, gleich, welcher Couleur. Die Menschen spüren, dass das allzu gute Gewissen, aus dem solche Anwürfe kommen, auf nichts Gutes schließen lässt.

Dabei stimmen die Anwürfe meist gar nicht, jedenfalls nicht in der moralisierten Form. Was ist ein Wortbruch? Wenn ich meiner Tochter verspreche: Im August bekommst Du aus meinem Garten einen Korb saftiger Stangenbohnen, und kann das dann nicht einhalten, weil der Hagel meine Bohnen zersiebt hat, habe ich dann mein Wort gebrochen? Meine Tochter käme nicht auf die Idee, auch wenn sie sich auf die Bohnen gefreut hätte. Wenn ein Bundeskanzler leichtsinnig genug ist, sich – im Vertrauen auf eine gute Konjunktur – auf eine bestimmte Reduzierung der Arbeitslosigkeit festzulegen und wenn er dieses Ziel nicht erreicht, weil die Konjunktur ganz anders, schlechter verlief, hat er dann Wortbruch begangen? Er hat sich vertan, verkalkuliert, und man darf ihm vorwerfen, dass ein Kanzler sich besser nicht auf Konjunkturprognosen verlässt und überhaupt mit Zahlen vorsichtiger sein muss. Das alles muss sich anhören, wer sich verkalkuliert. Aber ist der moralische Vorwurf des Wortbruchs angemessen?

Wenn der bayerische Ministerpräsident mit die Verantwortung dafür übernehmen muss, dass seine Landesbank Herrn Kirch weit



Eppler bei einem seiner Besuche in Münster: Hier mit Christoph Strässer

gen, ist gegen uns, also bewusst oder unbewusst ein Helfer des Bösen. Und das muss er büßen. Da sind dann Zwischentöne nicht mehr erlaubt.

Politik aber, nach innen und nach außen, ist der Bereich der Zwischentöne. Politik spielt sich ab im Relativen. Das Absolute ist Sache der Religion. In der Politik gilt der Komparativ, die Steigerungsform: Etwas ist zweckmäßiger, vernünftiger, gerechter, besser oder eben schädlicher, gefährlicher, riskanter als etwas anderes. Die reine Vernunft, die absolute Gerechtigkeit, die unbegrenzte Freiheit sind Themen für die Philosophie, nicht für die Politik. Wo Kandidaten sich zur Wahl stellen, dürfen wir

überfordert sind, auch militärische Mittel sein. Aber aus einem Krieg der Guten gegen die Bösen, bei dem die unberührbar guten Gewissen aufeinanderprallen, kann nur immer neuer Schaden entstehen.

**IV.** Wer gegen das Böse zu streiten wähnt, neigt dazu, jedes seiner Mittel zu rechtfertigen. Sogar wenn es so etwas geben sollte wie das absolut Böse, bedeutet dies noch nicht, dass alle, die sich dagegen wehren, deshalb schon gut oder gar Streiter Gottes sind. Auch wer Hitler für eine Verkörperung des Bösen hält, wird deshalb nicht in seinem Widersacher Stalin, ja nicht einmal in seinem Feind Churchill, schon die Ver-

mehr Kredit eingeräumt hat, als ein erfahrener Banker verantworten könnte, dann darf man ihn dafür tadeln. Man darf sogar seine ökonomische Kompetenz in Zweifel ziehen. Aber sobald in diesem Zusammenhang das Wort „unanständig“ fällt – und es ist gefallen –, ist eine Grenze überschritten, die Grenze vom politischen Streit zur moralischen Diskriminierung.

Mindestens drei Viertel aller moralischen Anklagen in der Politik kommen so zustande. Eine Panne, ein Irrtum, eine Fehlleistung wird ins Moralische gezerrt. Was unvorsichtig, unbedacht, vielleicht auch unklug war, wird unmoralisch. Die Moral wird als Keule missbraucht, wo sie gar nicht hingehört. Aus Moral wird Moralin. Und das ist giftig. Man verspricht sich davon die Abwertung des Gegners. Was man erreicht, ist die Festigung des Vorurteils, Politik sei nun eben ein schmutziges Geschäft, und die es betreiben, halbseidene Figuren, und zwar alle.

V. Ich habe zu Beginn die christlichen Scholastiker erwähnt mit ihrem Satz: „Summa moralitas est summa immoralitas.“ Aber diese Erkenntnis ist noch älter. Sie ist eine der eindeutigsten Botschaften des Neuen Testaments. Das Neue Testament insgesamt ist eben nicht, wie das Bürgertum des 19. Jahrhunderts meinte und manche Nichtchristen heute meinen, eine Morallehre, ein Buch, aus dem Bürgerkinder lernen können, was erlaubt ist und was nicht. Es predigt auch nicht, wie man heute oft hören kann, „christliche Werte“. Es verkündet den barmherzigen Gott, den Vater im Himmel. Nicht der moralische Zeigefinger, sondern die segnende Hand passt neben das Kreuz. Am schönsten zeigt dies die Geschichte – oder ist es ein Gleichnis? – vom verlorenen Sohn. Da hat sich also ein aufmüpfiger junger Mann sein Erbteil auszahlen lassen, ist in die Fremde aufgebrochen, um es den langweiligen Eltern zu zeigen. Nach Jahren, als er alles verprasst hatte und irgendwo die Säue hüten und sich von Abfall ernähren musste, ist er wieder zurückgekommen, weil er hoffte, sogar als Knecht zuhause habe er es besser als in der Fremde.

Was tut der Vater? Vor allem, was tut er nicht? Er macht dem heruntergekommenen Sprössling keinerlei Vorwürfe. Er hält ihm keine Moralpredigt. Er stellt keine Bedingungen, etwa die: Du kannst hier bleiben,

wenn Du fleißig und zuverlässig arbeitest. Nein, nichts dergleichen. Von Moral ist nicht die Rede. Der Vater lässt die Heimkehr des Bettlers feiern, ein Kalb schlachten. Alle sollen sich freuen. Und alle freuen sich, mit Ausnahme des Bruders, der treu und brav auf dem väterlichen Hof gearbeitet, sein Geld gespart, den Willen des Vaters getan hat. Der findet es ungerecht, dass nun der Moralische die Heimkehr des ganz und gar Unmoralischen feiern soll, dass die Liebe des Vaters zu diesem verkommenen Sohn sich so überschäumend zeigt, dass er, der Anständige, sich zurückgesetzt fühlt. Aber der Vater weist ihn zurecht: „Mein Sohn, Du bist allezeit bei mir und alles, was mein ist, das ist Dein. Du solltest aber fröhlich und guten Mutes sein, denn dieser, dein Bruder, war tot und ist wieder lebendig geworden ...“ Nichts von Moral.

Das ist keine moralische Parabel, sondern eine sehr menschliche Geschichte. Der verlorene Sohn war die große, eiternde Wunde des Vaters, eine Wunde, die nie vernarbte und die jetzt endlich heilen konnte. Jahrelanges Leid hatte ein Ende. Es gab etwas zu feiern, Grund, fröhlich zu sein. Eine Moralpredigt wäre unpassend, ja unmoralisch gewesen. Die Moralitas wäre zur Immoralitas umgekippt. Die überschäumende Freude des Vaters hat den Sohn stärker bewegt und verwandelt als jede Ermahnung. Die Moral, anders als die Ökonomie, dul-

det kein quantitatives Denken. Mehr Umsatz ist besser als weniger Umsatz. Aber mehr Moral muss keineswegs besser sein als weniger Moral. Moral entzieht sich unserem quantitativen Denken, sie widerlegt es. Moral lässt sich eigentlich nur leben, nicht predigen. Moralisches Pathos kann ganz unmoralisch sein, zumal dann, wenn es uns jenes unanfechtbar gute Gewissen bereitet, das der Kampf gegen das Böse verleiht. Moral als Keule gegen andere ist immer unmoralisch.

Der russische Dichter Fjodor Dostojewski hat die Menschen einmal in zwei Gruppen eingeteilt: Heilige, die sich für Verbrecher halten, und Verbrecher, die sich für Heilige halten. Das ist die letzte, extreme Zuspitzung unseres Gedankens, gegen die vieles einzuwenden wäre, die aber die Dialektik des Moralischen auf den Punkt bringt: Viele Verbrechen haben ihren Ursprung in einem Zuviel an Moral, in einem moralischen Pathos, in einem pathologisch guten Gewissen. Nur das anfechtbare, das fragende, zweifelnde, abwägende Gewissen macht humanes Zusammenleben möglich. Der Vater des verlorenen Sohnes will nicht, dass der eine Sohn mit einem unheilbar schlechten, der andere mit einem unanfechtbar guten Gewissen durch die Welt geht. Aber er sorgt dafür, dass in beiden ein sensibles Gewissen wachsen kann.

*Erhard Eppler*

## Lebenslauf

**Dr. Erhard Eppler**, am 9. Dezember 1926 in Ulm geboren, studierte Germanistik und Geschichte, promovierte 1951 zum Dr. phil. und war acht Jahre lang im Schuldienst tätig.

Sein politisches Engagement begann mit der Ablehnung der Wiederbewaffnung. 1952 war er dann Mitbegründer der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) Gustav Heinemanns. 1955 verließ er die GVP und trat im Januar 1956 in die SPD ein. Im Herbst 1961 kam er über die baden-württembergische Landesliste in den Bundestag, dem er bis 1976 angehörte. 1967/68 wurde er außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Ebenfalls 1968 holte Willy Brandt ihn als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ins Kabinett der Großen Koalition. Nachdem Willy Brandt 1974 zurückgetreten war, sah Eppler unter Bundeskanzler Schmidt wenig Spielraum für seine entwicklungspolitischen Anliegen und reichte seinen Rücktritt als Minister ein. Von 1973-81 war er Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, danach trat er vom Landes- und Fraktionsvorsitz zurück und engagierte sich stark in der Friedens- und Ökologiebewegung. 1968-1984 war er Mitglied der EKD-Synode und 1977-1983 im Vorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentages, 1981-1983 und 1991 als Kirchentagspräsident, seit 1981 gehört er dem Kirchentagspräsidium an.

# Steven - oder das versteckte Gesicht des Genozids

## Kigali , Ruanda, Ende Juli 2002

Je weiter das Fahrradtaxi mich entlang der schlaglochübersäten Straße an einem Meer von grünen Bananestauden vorbei aus dem Zentrum der Hauptstadt Kigali herausstrampelt, desto ländlicher wird die zentralafrikanische Gegend. Wir schleusen uns durch ein Gewirr von roten Lehmhütten und kleinen Häusern, Fahrradfahrern und vollgestopften Marktständen, die scheinbar ungeordnet durcheinander wimmeln. Zu allen Seiten entfalten sich kleine und größere Hügel – nicht umsonst wird dieses winzige Stück des afrikanischen Kontinents das „Land der tausend Hügel“ genannt. Am Rande der Straße sind viele Leute mit schweren Gewichten auf dem Kopf unterwegs. Oft überholen wir auch andere Radfahrer, die einen Kleiderschrank oder sonstige Lasten schleppen. Meine weiße Brillenschlangengestalt auf dem Gepäckträger sorgt natürlich besonders bei den Kindern, die hier überall vor den Hütten und Häusern spielen, für fröhliches Winken und ich höre immer wieder das freundliche „Hello Mwazungu“ – Hallo weißer Mann! Wir überqueren einen Fluss, an dem gerade einige Frauen Wasser in Kanister schöpfen, um sie in ihr nahegelegenes Dorf hinter dem nächsten Berg zu schleppen. Diese unglaubliche Idylle, das saftige Grün der Flora passt nicht zu den Geschehnissen von 1994 in diesem Land etwa von der Größe Brandenburs, welche ein Jahr später durch die berühmte „Resolution 955“ des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Schaffung des „Ad-hoc-Tribunals“ führten.

Nach langer bereits blutiger Vorgeschichte der ehemaligen zunächst deutschen und dann belgischen Kolonie stürzte am 6. April 1994 ein Flugzeug mit den Präsidenten von Ruanda und Burundi an Bord in der Nähe des Flughafens von Kigali ab – angeblich, aber nie bewiesen, ein Attentat. Dies war der Startschuss für drei Monate beispielloser „Säuberung des Landes von den Feinden“... Ein Teil der etwa 85% ausmachenden Hutu-Bevölkerung folgte der Propaganda des Ra-

diosenders „Radio Télévision des Milles Collines“ sowie Politikern, Militärs und teilweise sogar Geistlichen, welche gegen die Tutsi-Minderheit hetzten, griff zu den Macheten oder Knüppeln und ermordeten über 800.000 Menschen, ihre Nachbarn, Klienten, Patienten oder teilweise sogar eigene Tutsi-Familienmitglieder und moderate Hutus in brutalster Weise, bis die Tutsi-Armee „Rwandan Patriotic Front“ schließlich nach drei Monaten das Land unter ihre Kontrolle brachte.

Ich bin auf dem Weg zu einem kleinen Dorf etwas außerhalb des Zentrums von Kigali, wo heute ein sog. traditioneller „Gacaca-Prozess“ stattfinden soll, wie er zur Zeit in allen Zellen des Landes nach langer Zeit wieder eingeführt wurde, um mit den über 120.000 auch heute noch inhaftierten „Genozid-Häftlingen“ fertig zu werden.

Nach einigen hundert Metern gelangt man an eine größere Wiese, auf der ein geräumiges abgebranntes Haus steht. Davor wurden ein paar Stühle, Tische und Bänke gestellt sowie zwei große Planen des UN-Flüchtlingshilfswerks als Schattenspender aufgespannt. Bislang hat sich nur eine Gruppe älterer Männer eingefunden, ein Teil der insgesamt 19 Richter. Der Prozess selbst dauert etwa drei Stunden; seinen Verlauf verfolge ich mit Hilfe meines Übersetzers und Freundes Emanuel, einem jungen ruandischen Journalisten. Während die ca. 250 Dorfbewohner die große Wiese langsam verlassen, denke ich schon fast ans Aufbrechen, als sich einer der traditionellen Richter, ein sehr freundlich wirkender, großer und schlanker Mann, etwa 45 Jahre alt und sehr gut Englisch sprechend, zu mir gesellt. Wir setzen uns auf eine nahegelegene Bank etwas abseits von den hier noch immer umherstehenden Dorfbewohnern. Emanuel hat einen Bekannten getroffen und hockt mit ihm im verkohlten Türrahmen des großen Hauses in der Mitte der Wiese einen Steinwurf von uns entfernt.

Der Mann namens Steven erklärt mir, dass die abgebrannte Behausung früher einer

Tutsi-Familie gehörte. Diese hätten Ende April 1994 Soldaten aus dem Hause geholt und mit Macheten getötet. Die Kinder zuerst. Das Gebäude habe man dann nach kurzer Plünderung abgebrannt, um Spuren zu verwischen. „*Ich selber bin auch ein Tutsi*“, bemerkt er stirnrunzelnd und hält ein wenig inne, als wolle er noch etwas sagen, aber noch überlege, wie er den Satz am besten formuliere. „*Wo waren Sie in der Zeit des Genozids?*“, frage ich ihn. Steven erzählt mir, dass er als ältester Sohn das Glück gehabt habe, nach Burundi gehen zu dürfen, um zu studieren. „*Als ich zurückkam, waren fast alle tot*“, bemerkt er anscheinend emotionslos. „*Wir waren elf Kinder im Haus. Meine Schwester und ich haben überlebt*“, fügt er hinzu. Ich frage ihn, was für eine Arbeit er heute habe. Er erklärt mir, dass er einer der wenigen im Dorf sei, der studiert habe und nicht umgekommen sei. Daher habe er leicht einen Job in der Verwaltung der Stadt erhalten. Und er fügt hinzu: „*Als ich nach dem Studium 1994 nach Hause kam, fand ich meine Eltern tot. Meine Mutter starb durch einen Hammer. Leute haben es mir erzählt.*“ Sein Vater habe eigentlich durch einen Knüppel mit Nägeln drin erschlagen werden sollen, jedoch habe er einen der Soldaten gekannt. Daher sei er dann mit anderen Tutsi-Männern zu diesem gegangen und habe ihn darum gebeten, sie gemeinsam mit einer Handgranate umzubringen. Die Männer hätten noch ein wenig Geld gehabt, um die Handgranate zu bezahlen. „*Die haben sich dann zusammen in einen Raum gesetzt und...*“. Er blickt in die Ferne und fügt hinzu: „*Ich habe sie beide begraben, meine Eltern, genauso wie die Geschwister, die ich finden konnte*“. Ihm sei von einem Dorfbewohner erzählt worden, dass seinem jüngsten Bruder mit einem Messer der Nacken aufgeschnitten worden sei. Er habe dann versucht zu flüchten, sei aber schnell wieder eingeholt und von mehreren Männern zusammengeschlagen worden. Als er nur noch gequack habe, sei er dann von vier Männern gepackt worden und zu einem großen Haufen von Leichen in das ansonsten durch Kot und Urin gefüllte Loch einer grossen Latrine des Dorfes geworfen worden. „*Ich bin dann in die Latrine gegangen und habe meinen Bruder gesucht*“, erzählt Steven weiter und reibt sich nachdenklich erinnernd die Stirn. „*Es war schwer ihn zu finden, die Körper waren alle dabei zu verwesen.*“ Der Mann

hält kurz inne und schluckt. „Aber man hat mir erzählt, was er zuletzt anhatte und ich fand dann einen Körper mit Schnittwunde am Nacken und Jeans. In seiner Hosentasche lag auch seine ID-Card.“ Er habe den Leichnam dann genommen und neben seinen Eltern und anderen Geschwistern begraben. Und er fügt noch langsam hinzu, während er eine ulkige Bewegung mit seinem Arm vollführt: „Es war schwer, ihn aus diesem Loch herauszuziehen. Als ich ihn angefasst habe, ging immer das Fleisch von den Knochen. Beim Ziehen ist auch ein Arm abgerissen“.

Ich betrachte diesen erstaunlichen Mann ein ums andere Mal. Seine gewöhnlichen und so freundlichen Gesichtszüge zeigen nicht, was sie vor etwa acht Jahren erblickten. Der Verlust seiner Familie scheint sich in keiner Falte abgemalt zu haben. Ich frage ihn nach seiner Einschätzung nach dem zukünftigen Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen. „Well“, murmelt er nachdenklich, „The Rwandan characters have changed. We have a good government now and people live alongside with one another – as if the Genocide had never happened“. Bald ist es fast vollständig dunkel und mein Begleiter Emanuel kommt zur Bank unter dem Baum, auf der ich mit Steven sitze, und drängt höflich auf unser Aufbrechen. Steven nimmt mich bei der Hand und meint, dass er noch bis zur nächsten Straße mitkomme, die ja nur ein paar hundert Meter entfernt sei. Am Ende der Wiese treten wir auf den rötlichen Staubpfad, an dem ein zerstörtes Lehmhaus mit einem Toilettenhäuschen steht. „Das haben sie auch abgebrannt. Und die Leute fand man im Klohaus“, meint Steven und deutet auf das geduckte Gebäude gleich drei Meter neben uns. „Einem kleinen Jungen haben sie mit einem Stock so lange auf den Kopf geschlagen, bis er geplatzt ist.“

Wir laufen schweigend ein Stück des Weges, bevor ich ihn frage: „Being here in this village, living here... are you happy with your life?“ Steven scheint meine Hand noch ein wenig fester zu umklammern und seine Gedanken zu sammeln. „Ich lebe, ich habe Arbeit. Aber eines geht mir nicht aus dem Kopf. Nie wieder.“ Seine Stimme verändert sich ein wenig und er sagt mit traurigem Blick: „In unserer Familie, da war ich etwas Besonderes. Ich habe studieren dürfen und meine Eltern haben dafür viel zurückstecken müssen.“ Seine anderen Geschwister hätten nicht

die Möglichkeit des Studiums bekommen. Und nun, als er alles abgeschlossen hatte und in sein Dorf zurückkam, war niemand mehr da, der hätte stolz auf ihn sein können. „I would like to show my parents that I am very thankful for what they have done for me. But now there is nothing which I could give them back.“ Insgesamt sei von seiner Verwandtschaft, die einmal etwa 100 Mitglieder ausgemacht habe, fast niemand am Leben geblieben. Wir haben inzwischen die Straße erreicht und bleiben neben einem großen Baum stehen. Ich fühle plötzlich, dass er zu zittern beginnt. Er fasst sich mit seiner rechten Hand an die Stirn und murmelt: „Und die Kinder meiner Schwester haben sie auch genommen.“ Er bedeckt sein Gesicht mit seinen Händen und fängt plötzlich laut an zu weinen. Er schluchzt: „Sie haben sie bei den Füßen gepackt und mit dem Kopf gegen die Hauswand geschlagen. Immer wieder. Bis der Kopf platzte. Eins nach dem anderen. Fünf Kinder.“ Ich stehe hilflos mit ihm allein abseits in der Dunkelheit und trete einen Schritt auf ihn zu um ihn zu

berühren, allerdings scheint er sich dafür zu schämen, dass er vor mir jungem Kerl die Fassung verloren hat. Er versteckt sich hinter dem matt durch eine entfernte Laterne beleuchteten Baum und scheint nicht mehr mit dem Weinen aufhören zu können. Ich versuche mein Mitleid für diesen Mann herunterzuschlucken. Ich blicke mich um – zum Glück ist niemand sonst in der Gegend. Nach einiger Zeit, die mir wie eine ganze Ewigkeit vorkommt, schnäuzt er sich die Nase und kommt langsam verlegen wieder hinter dem Baum hervor. Mit tränenüberlaufenem Gesicht meint er vielsagend: „It's not easy!“ Seine drei Kinder fragten ihn immer, wo seine Eltern seien. Die Familie seiner Frau aus Burundi sei eben eine „ganz normale“ Familie. Seine hingegen könne man nicht mehr besuchen...

Steven scheint in seiner Bescheidenheit darüber besorgt zu sein, dass mein Begleiter, der, da er das Weinen wohl nicht überhört hat, noch immer aus Anstand etwa 30 Meter von uns entfernt unter einer Laterne

steht, ungeduldig wird. Wir laufen gemeinsam Emanuel entgegen und Steven fragt mich, ob wir ein Erinnerungsfoto machen können, das ich ihm später schicke... allerdings – er bleibt stehen und erhebt mit ernstem Blick seinen rechten Zeigefinger – müsse ich ihm versprechen, es nicht in die falschen Hände gelangen zu lassen: „These Hutu people can start to kill again today or tomorrow!“ Von seiner vor etwa drei Stunden gegebenen Einschätzung –



„people live alongside with one another – as if the Genocide had never happened“ – scheint nun in seinen Augen nicht mehr viel übrig geblieben zu sein. Ein düsteres Fazit. Unsere Begegnung endet mit einem Handschlag und dem gegenseitigen Wunsch „All the best – Alles Gute“ – was immer es auch für die jeweilige Person bedeuten möge... Im Gefährt, das uns nach Hause bringt, versinke ich in traurigen Gedanken. Noch nie habe ich mich dem Gesicht des Genozids so weit genähert.

Das Schicksal der Statistik „mehr als 800.000 Opfer des Genozids“ sind zwar auch, aber nicht nur die Getöteten selbst. Auch sind es die Zurückgebliebenen, die ihre Familien oder Freunde verloren haben. Die Geschichte des Mannes namens Steven, der sich nach drei Stunden Gespräch dem jungen Studenten aus Europa öffnete – und dabei sofort zusammenbrach – erzählt von all dem nur sehr wenig. Und sie ist nur eine von viel zu vielen.

Gabriel Vockel

# Einmal Afrika und zurück

## Teil II: Südafrika - Im Land der Gegensätze

In der letzten Ausgabe des SSP berichtete die Autorin über die Reise von sieben Münsteraner Studis nach Simbabwe, wo die Gruppe an einem internationalen Workcamp teilnahm. In dieser Ausgabe geht es nun um den zweiten Teil der Reise. Die Autorin und zwei Freundinnen verschlug es für drei Wochen nach Südafrika.

**09.09.02** Nach 17 Stunden Busfahrt kommen Katharina, Anna und ich selbst wieder in Johannesburg an. Die Stadt hat sich natürlich seit unserer Ankunft hier vor 4 Wochen nicht verändert, dafür aber das Wetter. Es ist empfindlich kalt geworden in diesem Teil von Südafrika. Nachts rutscht das Thermometer auf beinahe Null Grad Celsius, worauf wir mit unseren dünnen Sommerklamotten in keinsten Weise vorbereitet sind. Schlotternd verbringen wir die nächsten Abende in unsere Schlafsäcke gehüllt in der Lodge und planen unsere weitere Reise, die uns

dann nach Durban mit zahlreichen Zwischenstopps reisen wollen) sitzen wir bis morgen in Jo'burg fest. Was aber tun in einer Stadt, in der man ohne Begleitung Gefahr läuft, ausgeraubt oder gar niedergestochen zu werden, und in der jedes Taxi, welches einen an interessante Stätten bringen kann, im Durchschnitt 20 Euro kostet? Nach längerer Diskussion beschließen wir, eine geführte Tour nach Soweto zu machen. Soweto ist das bekannteste schwarze Township Südafrikas. In Soweto nahmen die Aufstände gegen das Apartheid-Regime 1976 ihren Anfang.



„Reed Dance“ in Swaziland - Chance für den König, sich eine neue Frau auszusuchen (wäre dann die 10...) (dök)

(hoffentlich) in wärmere Gegenden führen wird.

**10.09.02** Aufgrund der ungünstigen Abfahrzeiten des Baz Bus (ein Hop on hop off-Bus, mit dem wir in Richtung Küste und

Unsere Diskussion drehte sich darum, ob so eine Touri-Tour angemessen ist oder nicht. Es ist zwar nicht mehr so, dass das Township ein reines Elendsviertel ist – mittlerweile hat es Kultstatus unter den Schwarzen, und es gibt die Villen der ganz Rei-

chen wie die von Winnie Mandela neben Slums, in denen es für mehrere hundert Menschen nur zwei Wasserzugangsmöglichkeiten gibt. Aber als Touri mit Kamera gerade in solche Viertel – da kommt einem doch echt alles hoch. Anders gibt es allerdings keine Möglichkeit, sich die Orte des Widerstands anzusehen.

Am Ende des Tages bin ich froh, dass wir die Tour gemacht haben. Sie war zwar an sich nicht wirklich toll, weil der Guide ohne Punkt und Komma geredet hat und man in einem der Slums tatsächlich Horden von Klischee-Touristen (Spiegelreflex-Kamera um den Hals, kurze Hosen, Sandalen und hochgezogene Strümpfe) begegnete. Aber der Gang durch die Regina Mundi Catholic Church mit der großen Foto-Ausstellung zur Apartheid und den Einschusslöchern in den Wänden sowie durch das Hector Pieterse Museum (der 13jährige wurde 1976 auf einer Schülerdemonstration niedergeschossen und wurde als erstes Opfer des Aufstandes Symbol der Widerstandsbewegung) wurde zum Gang zurück in die unfassbare und einzigartige Geschichte Südafrikas, wobei einem der überall deklarierte Satz „Never, never again“ von Anfang bis Ende begleitete. Ich selbst habe mich vorher nicht großartig mit der Geschichte Südafrikas beschäftigt, dafür bekam ich nun die geballte Ladung an einem einzigen Tag. Das Apartheid-Regime mit seiner unmenschlichen und dabei doch so nüchternen Ideologie der „Getrenntheit“ verbannte Millionen von „Bantus“ (wie die Schwarzen abfällig bezeichnet wurden) in winzige sogenannte „Homelands“, sie wurden nur als Billigarbeitskräfte in den Städten akzeptiert und mussten dann am Stadtrand in „Townships“ leben, die zunächst aus nichts als einem wüsten Stück Land bestanden. Zudem wurden die Arbeitskräfte, einfach weil sie schwarz waren, so schlecht bezahlt, dass Tausende von Familien dauerhaft hungern mussten. „The basic principle behind Apartheid was simple – segregate everything. Cut a clean line through a nation to divide black from white and keep the divided.“ Dieses waren die einleitenden Worte in einer Broschüre des Apartheid-Museums, welches Katharina und ich im Anschluss an die Soweto-Tour besuchten. Am beeindruckendsten fand ich in dem Museum eine Foto & Text-Ausstellung von Ernest Cole mit dem Titel „House of bondage“. Cole dokumentiert die Apart-

heid in schonungslosen Bildern und fesselnden Texten. Es gelingt ihm, den Hunger und das Elend, die bewusste „Second-class-education“ verursacht durch den „Bantu Education Act“, die Ausnutzung der schwarzen Arbeiter, die willkürliche Trennung von Familien durch die Verbannung in Homelands in aufwühlender Form zu vermitteln.

Einen eindrücklicheren Start für unsere Reise in das noch sehr junge neue Südafrika (erst 1993 wurde das Apartheid-Regime gestürzt) hätte es meiner Auffassung nach nicht geben können. Und sehr schnell erkannten wir – die politische Apartheid samt ihrer Ideologie gilt vielleicht heute als abgeschafft. Wirtschaftlich aber ist sie nach wie vor dominant, und in den Köpfen der Menschen ist sie immer noch stark verankert.

**13.09.02** Der Baz Bus brachte uns gestern nach Nelspruit, eine stark von Afrikaanern geprägte Stadt. Ziel war eine Tagestour zum wunderschönen Blyde River Canyon, dem dritt- oder viertgrößten und grünsten Canyon der Welt. Die Tour hat sich auch tatsächlich gelohnt, obwohl wir für einen Guide plus Auto mal wieder relativ viel blechen mussten. Das Leben in Südafrika mag für unsere Verhältnisse billig sein, das Touristenleben ist es ganz gewiss nicht. Nelspruit ist eine moderne weiße Stadt, in der man Schwarze nur am Straßenrand oder als Bedienstete trifft. Es gibt eine riesige Shopping Mall und auch sonst alles, was das Konsumenten-Herz begehrt. Nach unseren vier Wochen in Simbabwe ist der Konsumrausch für uns ungewohnt und widert sogar an. Allein das Angebot in den Supermärkten erschlägt, nachdem man vier Wochen lang mit eher schlichten Einkaufsmöglichkeiten auch sehr gut leben konnte. Und was uns bereits in Johannesburg begegnete, findet sich auch hier und begleitet uns für den Rest unserer Reise: Hinter den Kassen in den Supermärkten stehen die Schwarzen. Man trifft sie auch im Backpacker's mit dem Kehrblech oder Wischeimer in der Hand. Aber einkaufen tun größtenteils die Weißen. Sie sind auch im Besitz der Lodges. Und wo wir hingehören, ist von vorneherein klar. Natürlich zu den Privilegierten. Diese Tatsache Tag für Tag ins Gesicht geschleudert zu bekommen, ist nicht immer einfach zu verarbeiten. Aber man gewöhnt sich daran. Wie ja eigentlich an alles.

**15.09.02** Bereits nach wenigen Tagen verlassen wir Südafrika schon wieder, um in das kleine Königreich Swaziland einzureisen. Dieses Splitterland liegt in Südafrika an der Grenze zu Mozambique, ist aber völlig unabhängig. Dort stiegen wir in der einzigen Lodge in ganz Swaziland ab, die einem schwarzen Swazi gehört: in Myxos Backpacker's. Die Lodge ist schlicht und wird von einem Team von schwarzen Swazis geführt und verwaltet. Myxos erklärtes Ziel ist es, Touristen seine Heimat und dessen Kultur ohne Touri-drum-und-dran zu zeigen. Dazu gehört auch die Lektion in der Sprache der Swazis am ersten Abend unserer Ankunft. Heute konnten wir dank des glücklich gewählten Zeitpunktes unserer Durchreise an einem ganz besonderen Ereignis in der Swazi-Kultur teilnehmen: dem „Reed Dance“. Tausende von unverheirateten Frauen und Mädchen versammeln sich an diesem Tag zum Tanz, wobei der ebenfalls auftretende König die Möglichkeit erhält, sich eine neue Frau auszusuchen (er hat ja auch nur neun). Es war sengend heiß und wie zu erwarten war, fing das Ganze nicht wie angekündigt um 12 Uhr statt, sondern, ein, zwei, drei Stunden später. Aber das machte nichts, denn Zeit hat hier jeder jede Menge und jeden Tag. Was Du heut nicht kannst besorgen, das verschieb doch gleich auf morgen... Null Problem in Afrika. Wir waren, nachdem wir in Südafrika im Gegensatz zu Simbabwe nicht mehr groß aufgefallen waren, mal wieder eine Sensation als Weiße, und an Haaren und Haut wurde reichlich gezupft. Aber umso besser – bloß kein Tanz, der extra für Touristen aufgeführt wird! In Kwazulu-Natal in Südafrika werden wir später noch reichlich Gelegenheit haben, uns gekünstelte kulturelle Veranstaltungen anzutun. Nein danke. Der Tanz war toll und erstreckte sich bis in den Abend. Die Fröhlichkeit und Ausgelassenheit der Anwesenden steckte an, und der König suchte sich an diesem Tag tatsächlich eine Neue aus – ein 18jähriges Schulmädchen! Gut, über die Art und Weise des Umgangs mit Frauen lässt sich streiten, wie ich ja schon in Simbabwe bemerkt hatte. Tatsache ist allerdings, dass es für ein Swazi-Mädchen und deren Familie keine größere Ehre gibt als die Auswählung durch den König.

**18.09.02** Vom traditionellen Swaziland zurück nach Südafrika ans Meer in den Frei-

zeit-, Spaß- und Badeort St. Lucia. Größer kann der Kontrast wirklich nicht sein. Touristen mit Sonnenbrille sonnen sich am Pool in der von uns ausgesuchten Lodge, auf dem Grill brutzelt das Abendessen, an der Bar erholen sich die vom Surfen und Schwimmen erschöpften Reichen und Schönen bei einem kühlen Bier. Nun, schön ist vielleicht nicht übertrieben, reich aber schon. Immerhin ist Bib's Backpackers ein Ziel für Rucksackreisende. Aber meine Erfahrung ist, dass die „Sehen und Erleben und Geld ausgeben und Spaß haben“-Sucht unter



Zu Besuch bei Krokodilen und Nilpferden  
(dök)

den Backpackern genauso verbreitet zu sein scheint wie unter Clubreisenden. Jedenfalls treffe ich genug Leute, die bereits die halbe Welt bereist haben, ohne etwas von den Ländern verstanden zu haben, die sie gesehen haben. Südafrika ist ein Land der Gegensätze. Hier gibt es Townships und schwarze kleine fast nie von Touristen bereiste Städte sowie traditionelles Dorfleben neben Touri-Hochburgen wie Kapstadt und Surf- & Spaßbadeorten an der Küste. Ich bin jedenfalls froh, dass ich in St. Lucia bin, auch wenn ich die Situation zunächst nur mit einer Portion Sarkasmus betrachten kann. Aber diese Seite gehört ebenfalls zu diesem Land. Von der Konsumlaune wird man übrigens recht schnell angesteckt, wenn einem das Geld nicht allzu fest in der Tasche sitzt. Immerhin gibt es hier die letz-

ten außerhalb von Nationalparks frei lebenden Tiere Südafrikas! Am Fluss trifft man morgens, wenn man Glück hat, Krokodile und Nilpferde, in dem Naturpark der Wetlands kann man Zebras, Warzenschweine und Chamäleons finden, und sogar Buckelwale gibt es zu sehen, wenn man eine Wal-Tour auf offener See mitmacht. Ist schon eine schöne Zeit hier, wie im Paradies – nirgends ist es einfacher, die Schatten Südafrikas nicht wahrzunehmen.

**21.09.02** Und schon wieder ein Ortswechsel. Langsam beginnt das Reisen von Ort zu Ort und von Backpacker's zu Backpacker's, an mir zu zehren. Von Station zu Station fällt es schwerer, sich neu einzugewöhnen und den Ort dann wieder zu verlassen. Wenn man so etwas länger als

Entscheidung, diesen Teil zu bereisen, hat sich als richtig erwiesen, wie sich jetzt wieder an Eshowe zeigt. Eshowe hat auf den ersten Blick nichts Besonderes zu bieten – eine kleine, beinahe rein schwarze Stadt mit einem zugegebenermaßen tollen (Ur-)Wald. Auf den zweiten Blick erweist sie sich aber als ein Zentrum des Lebens der Zulus. African Hairdressers finden sich neben Kräutlerläden und dem Shop einer Sangoma (Heilerin), außerdem hat hier der einzige Zulu-Radiosender ganz Südafrikas seinen Sitz. In den Straßen herrscht lebhaftes Treiben, es findet sich einiges an Markt- u.ä. Verkaufsständen. Zusammen mit einem belgischen Pärchen begleite ich Victor, den wir als Guide in unserer Lodge kennen lernen, in sein Heimatdorf. Victor berichtet uns über die existenzbedrohenden Probleme auf

umgeworfen werden) der Junge das Mädchen jagt und es „bändigt“ (falls es ihm entwischt, trifft ihn der Spott des ganzen Dorfes). Gibt das Mädchen auf, kommt es zum Sex, wobei der Junge mit dem Mädchen auf der linken Seite schlafen muss, damit es nicht schwanger wird. Nicht sehr sichere Methode, wie uns Victor verrät, der selbst Vater eines unehelichen Kindes ist. Die „Vereinigung“ erfolgt also mit stillschweigender Billigung der Community bereits vor der Hochzeit. Es ist allerdings beileibe nicht so, dass das Mädchen nicht will! DASS es will, hat es dem Verehrer bereits vorher in weiteren komplizierten Ritualen zu verstehen geben. Nein, dass es sich wehren muss, hat nichts mit ihrem Einverständnis zu tun, sondern mit der Tradition, die es so will. Wehrt es sich nicht, so ist es nicht begehrenswert und eine Hure. Natürlich kann in einem solchen Zusammenhang nicht über Kondome oder gar AIDS gesprochen werden. Dass der Junge, der mit dem Mädchen geschlafen hat, es danach nicht immer heiratet (Heiraten ist in der Zulu-Kultur ziemlich teuer für den Mann), dafür ist Victor ein Präzedenzbeispiel. Frauen, die schwanger, aber nicht geheiratet werden, fallen dann der eigenen Familie zu Last. Haben will sie natürlich auch keiner mehr. „Ich kümmerge mich um mein Kind“ brüestet sich Victor. Na ja, jedenfalls wenn er Geld hat.

### Fazit

Ich bin noch weitere 10 Tage in Südafrika herumgereist, war in Durban und in den Drakensbergen. Es fehlt aber der Platz, darüber auch noch zu berichten. Einen Eindruck konnte ich aber hoffentlich vermitteln. Südafrika – das Land der Gegensätze. In kaum einem anderen afrikanischen Land gibt es so viele Weiße. Diesen gegenüber aber stehen Millionen von Schwarzen, die immer noch stark benachteiligt werden. In kaum einem anderen Land Afrikas gibt es solch einen florierenden Tourismus. Dennoch bekommt der Großteil der Bevölkerung nichts von diesem Kuchen ab und lebt an der Existenzgrenze. Kälte in Jo'burg und Hitze an der subtropischen Küste. Flaches Land und riesige Gebirgszüge wie die Drakensberge. Es gibt alles in Südafrika. Dementsprechend viel kann man dort erleben. Aber wie gesagt – man kann viel erleben, ohne wirklich etwas zu sehen.

*Dörthe Kuhlmann*



Juri aus Belgien amüsiert sich mit einem Zulu-Dorfhäuptling

(dök)

ein paar Wochen machen möchte, sollte man auf jeden Fall mehr Zeit als nur zwei, drei Tage an einem Ort verbringen. Alles sehen kann man sowieso nie. Wir drei bereisen nur einen sehr kleinen Teil Südafrikas, nämlich die Strecke Jo'burg an die Ostküste bis nach Durban und zurück. Aber das reicht für drei Wochen. Viele Mitreisende fragen verwundert, warum wir nicht nach Kapstadt wollen. Klar, Kapstadt wäre toll – wenn wir mehr Zeit hätten. Katharina, die Südafrika bereits vorher bereist hat, erzählte uns im Vorhinein, dass die Küste von Durban bis Kapstadt immer europäischer und touristischer wird, man an der Ostküste dagegen mehr an südafrikanischer schwarzer (!) Kultur erleben kann. Unsere

dem Land, die hohe Arbeitslosigkeit und die Großfamilien, die von einer Rente der Großmutter, die etwa 50 Euro pro Monat umfasst, leben müssen. Hier zeigt sich mal wieder das andere Gesicht Südafrikas, das farb- und perspektivlose. Neben der Arbeitslosigkeit hat ein anderer Gast seinen Einzug in die traditionellen Hütten der LandbewohnerInnen gehalten – AIDS breitet sich in immer rasenderer Geschwindigkeit aus. Als Victor uns erzählt, wie in der Zulu-Kultur um ein Mädchen geworben wird, wundert uns das überhaupt nicht mehr. Das Ganze ist ungeheuer komplizierten aber genau festgelegten Regeln unterworfen und endet irgendwann darin, dass in einem dunklen Raum (die Kerze muss



# Mit Quantensprüngen in die Studienstiftung?

## Ein Auswahlverfahren

„Sie haben wir auch vorgeschlagen“, sagte meine Französischlehrerin beiläufig – ich hatte gerade mein Abiturzeugnis ausgehändigt bekommen. Vorgeschlagen für die Studienstiftung des Deutschen Volkes – ich freute mich, denn wer die Hürden des Auswahlverfahrens nahm, so wusste ich, konnte von der Stiftung einiges erwarten: monatliches Büchergeld während des Studiums, Sommerakademien, Sprachkurse, Förderung von Auslandsaufenthalten... Ich hatte aber auch Schlechtes gehört, Gerüchte von arrogantem Gehabe von Studienstiftern (– von denen, die ich kannte, bestätigte dieses Vorurteil keiner –), von unmöglichen Fragen bei den Auswahlverfahren...

„Wenn du aufgenommen wirst, kannst du dich freuen, und wenn nicht, sagst du halt: ‘Das ist voll die Sekte...’“, meinte eine Bekannte – Studienstiftlerin – lakonisch. Die Aufregung kam spät, erst als ich in der Nacht nach meiner Ankunft am Ort des zweitägigen Auswahlseminars im Bett lag. Was würden sie mich fragen? Hier, weit vom Alltag des Studiums, gewann die Chance an Bedeutung. Aber schließlich hatte ich nichts zu verlieren. Ich nahm mir vor, das Wochenende mit den anderen Kandidaten zu genießen. Was als Zugabe dabei herauskommen konnte, sollte mich vorerst nicht beschäftigen.

Trotz des guten Vorsatzes stand ich am nächsten Morgen nervös vor der Tür meiner ersten Gesprächspartnerin aus der Auswahlkommission, einer Diplom-Chemikerin.

„Wie gefällt Ihnen das Studium?“, so lautete die erste Frage. Erleichtert über den sanften Einstieg legte ich los: das Medizinstudium im ersten Semester habe zum Glück mehr mit Medizin zu tun, als ich erwartet habe, sei nicht nur ein kleines Studium generale der Naturwissenschaft, sondern beschäftige sich unter anderem mit der Einführung in die klinische Medizin. Ich selbst sei in der Projektgruppe zur Hautmedizin, wir hätten bereits die Hautklinik besichtigt, in dieser Geräte zur UVA- und UVB-Bestrahlung... Damit hatte ich das für mich falsche Thema erwischt. Denn nach

der Erwähnung der Bestrahlungsgeräte wurde ich zum Doppelcharakter des Lichtes befragt, zur Quantentheorie, zur Energie der Welle... Mein Mangel an Physikunterricht in der Oberstufe machte sich bemerkbar. Ein Mal nach dem anderen musste ich „Ich weiß es nicht“ antworten oder, noch schlimmer, sagte ich etwas Falsches. Gefragt nach dem Funktionieren einer Photovoltaikanlage – diejenige auf unserem Schuldach hatte ich in meinem vorher ein-

gesandten Lebenslauf wegen ihres von mir musikalisch begleiteten Einweihungsfestes erwähnt – musste ich ebenfalls passen. Das Gespräch schien mir beendet, bevor es richtig angefangen hatte. Seinen Rest ließ ich in dem Bewusstsein über mich ergehen, bereits verloren zu haben. Über Feminismus sprachen wir, ich sollte den Begriff „Wissenschaft“ definieren, von meiner Teilnahme am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten erzählen... Keine Fragen mehr, zu denen ich nicht irgendetwas hätte sagen können; trotzdem verließ ich das Gesprächszimmer wie betäubt und dachte: „Eigentlich könntest du jetzt nach Hause fahren...“ Ich besann mich natürlich gleich wieder auf das wirklich sehr schöne Wochenende, die interessanten Gespräche mit den anderen Eingeladenen, den Wert der Erfahrungen. Die Chance, in die Studienstiftung aufgenommen zu werden, glaubte ich aber vertan zu haben. In diesem Bewusstsein ging ich locker in das zweite Gespräch am nächsten Tag und hielt entspannt das Referat, das ich vorbereitet hatte.

Auf meine Frage, wie es denn gelaufen sei, reagierten viele der anderen Teilnehmer mit Achselzucken. „Hat hauptsächlich nach meinem Lebenslauf gefragt“, war eine gängige Antwort. Mich selbst – abgesehen vom Geschilderten – einzuschätzen, fand auch ich schwierig. Hätte ich besser mehr von mir aus erzählt? Oder möglich noch knap-

per auf die Fragen geantwortet? Soll man das Gespräch auf seine Stärken bringen? Oder wird das als „Ausweichen“ bewertet? Das folgende Wochenende war ich nicht in Münster; meine Schwester rief mich an: „Hier ist ein Umschlag von der Studienstiftung. Und der ist ziemlich groß...“

„Aufmachen...“, rief ich ungeduldig in den Hörer. „Du bist aufgenommen“, erklärte sie kurz darauf. Die müssen mich verwechselt haben, so mein erster Gedanke. Aber, als ich den Brief später in den Händen hielt, standen auf dem Anschreiben tatsächlich meine drei Vornamen und meine vollständige Anschrift in korrekter Schreibweise. Alles wissen muss man also nicht für die Aufnahme in die Studienstiftung. Aber was muss man dann? „Weltoffenheit, Verant-



Sind dies etwa Studienstiftlerinnen?

wortung, Nachdenklichkeit, Toleranz, Ideen und Bereitschaft zur Mitgestaltung...“ wünscht sich die Stiftung in einem Informationsblättchen. Leicht aufgeschrieben, kaum in zwei Gesprächen bei einem Menschen festzustellen. Der Leiter meines Auswahlseminars warnte davor, die Entscheidung der Kommission als Urteil über die eigene Persönlichkeit zu werten, und betonte, die Stiftung freue sich über jeden Abgelehnten, der ein zweites Mal vorgeschlagen werde. Ein Mitglied der Auswahlkommission erzählte lächelnd, selbst erst im zweiten Versuch in die Stiftung aufgenommen worden zu sein. Bleibt mir nur, einen klassischen Tipp zu geben, der leider Vorbereitungs- und Übungsmöglichkeiten nicht einschließt: möglichst natürlich verhalten und ruhig bleiben. Und vielleicht ganz einfach anfangen mit einer ehrlichen Antwort auf die Frage, ob man Ahnung von der Quantentheorie habe.

*Swantje Naunin*

„Das ist voll die Sekte...“?



# Feliz Cumpleaños, EZLN!

Zum 19. Geburtstag der zapatistischen Befreiungsarmee feierten 400 Menschen in Berlin - darunter einige MünsteranerInnen...

„Feliz Cumpleaños“ - das heißt „Glücklicher Geburtstag“ und stand auf einem der Transparente, die am 16.11.2002 durch Berlin getragen wurden. Einen Tag später wurde die EZLN, die zapatistische Befreiungsarmee Mexikos, die sich seit dem 01.01.1994 in Rebellion befindet, 19 Jahre alt.

Kaum jemand in Deutschland oder auch ganz Europa weiß, dass die EZLN, bekannt geworden nach ihrem kurzen bewaffneten Kampf im Januar 1994, eine entsprechende Vorgeschichte hat. Der Weg zu einer „Guerilla“ im Aufstand war ein langer Weg von Diskussions-

könnte, widmete sich diesem Aspekt der EZLN, der in den Medien kaum reflektiert wird: Eben dem Aspekt der Basis und der Basisdemokratie. Es war eine durch und durch positive Demonstration, was in Redebeiträgen, der Moderation, tanzbarer Musik und

Farbfreudigkeit ausgedrückt wurde. Es war eine Demonstration, die, wie ein Transparent verkündete, sagen wollte „Ihr seid nicht allein!“ und herausstellte, dass die alltägliche „Politik“ der Basis der EZLN auch etwas zu sagen hat über die Zustände hierzulande und dass wir von dieser „Politik“ lernen können.

Ein Hauptaspekt der Demonstration

war entsprechend das Gruppenphoto vor der mexikanischen Botschaft, dem einzigen Moment, wo sich – in Absprache mit den OrdnungshüterInnen – die DemonstrantInnen verummumten. Dieses Photo war als Geburtstagsgeschenk gedacht, die Vermummung eine Respektbezeugung an die zapatistische Tradition der Maske.

„Warum ausgerechnet Berlin?“ war vor der Demonstration eine oft gehörte Frage, ob von Linken auf der Homepage

indymedia.de oder in persönlichen Gesprächen mit Verwandten. „Da wird so viel demonstriert, das merkt doch keiner!“ – Wichtig war das Symbol, vor der Botschaft Mexikos zu stehen. Und wichtig war, dass diejenigen, denen gratuliert wurde, diese Demonstration bemerkten. Der positive und farbige Charakter der Demonstration war es allerdings, der auch die Berliner Bevölkerung und die anwesenden TouristInnen aufmerksam werden ließ.

„Sind Sie denn nun die ‚Linken‘?“ fragte am Rande der Demo eine ältere Dame. Das könne so gesagt werden, lautete sinngemäß die Antwort eines Demonstranten, was die Fragende sichtlich verwirrte: „Im Fernsehen sieht das ja immer ganz anders aus...“ – Nur eine von vielen, die ein Flugblatt mitnahm und das Ziel der Demonstration voll und ganz unterstützenswert fand. Ebenso wie etwa ein Christian Ströbele, MdB der Grünen, oder die mexikanische Soziologin Marta Duran de Huerta, die eine Grußbotschaft aus Mexiko übermittelte.

Aber es waren nicht nur positive Aspekte, die die 400 Demonstrierenden auf die Straße zog: Die aktuelle Situation in Chiapas/Mexiko sieht nicht rosig aus: Militärische und paramilitärische Gewalt hat ein Ausmaß wie lange nicht mehr und auf der ökonomischen Ebene wird die Bevölkerung durch den neoliberalen „Plan Puebla Panama“ – der gleichzeitig einen Aspekt der Aufstandsbekämpfung darstellt – bedroht (vgl. SSP Nr.336). Auch *dagegen* wurde in Berlin protestiert.

Der Ausklang war dennoch ein optimistischer: Die Demonstration wurde mit einer mexikanischen Geburtstags-tradition und spanischsprachigen Geburtstagsliedern, vorgetragen von mexikanischen Gästen, beendet, am Abend wurde nach einem Vortrag zum „Plan Puebla Panama“ erst einmal gebühlich in den 19. Geburtstag der EZLN hineingefeiert: An einer freien Schule für Erwachsenenbildung spielten die „Wahre Schule“ (HipHop), „Tiefenrausch“ (Ska) und diverse DJs und -Janes zum Tanz auf.

**Torsten Bewernitz,  
gruppe B.A.S.T.A.**



prozessen zwischen städtischen Linken und ländlichen Indígenas, der u.a. die sogenannte „Revolution vor der Revolution“ hervorbrachte – die revolutionären Frauengesetze von 1992 – Gesetze, die uns keineswegs „revolutionär“ erscheinen mögen, in Chiapas, dem südlichsten Bundesstaat Mexikos, aber eine ganz besondere Bedeutung hatten und haben.

Die Demonstration in Berlin, die als „klein, aber fein“, bezeichnet werden

# Jedem das Seine? Wer oder besser was war die IG Farben?

Die IG Farben war zur Zeit des Dritten Reiches der weltgrößte Chemiekonzern, u.a. bestehend aus Bayer, BASF, Agfa und Hoechst. In dieser Rolle war sie maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Nazis ihren Krieg überhaupt führen konnten. Die Kriegspläne Adolf Hitlers wurden unterstützt und sogar forciert. So wurden unter anderem Zyklon B, diverse andere chemische Kampfstoffe, "künstliches Benzin", BUNA und verschiedene Sprengstoffe entwickelt und produziert. Hierbei wurde sich immer bemüht, den größtmöglichen Profit zu erwirtschaften.

Direkt neben den Fabriken der IG wurden Arbeitslager errichtet um die Produktion mit ZwangsarbeiterInnen versorgen zu können.

Desweiteren wurden medizinische Präparate der IG an Häftlingen von Konzentrationslagern getestet. Die Beteiligung der Interessengemeinschaft an Himmlers Projekt "Vernichtung durch Arbeit" kostete über 350.000 Häftlinge das Leben.

Bald nach Kriegsende wurde mit der Zerschlagung der IG Farben durch die Alliierten begonnen. Hierbei entstanden wieder die altbekannten Konzerne, heute jeder für sich größer als die IG Farben jemals war. Durch das veränderte Feindbild nach dem Krieg, das nunmehr den Kommunismus als Gegner ausgemacht hatte, sollte Deutschland als "Bollwerk gegen den Bolschewismus" aufgebaut werden. Somit wurden die führenden Vorstandsmitglieder in den

Nürnberger Prozessen nur äußerst milde bestraft, so dass sie schnell wieder ihre alten Positionen in den Vorständen der IG Farben-Teilkonzerne einnehmen konnten. Die IG Farben selbst existiert als "IG Farben AG in Auflösung" seit nunmehr 57 Jahren weiter. Die bei der Zerschlagung auferlegte sofortige Auflösung und die Auszahlung des gesamten Firmenkapitals an die ZwangsarbeiterInnen hat niemals stattgefunden. Es wurde kein Geld in den ZwangsarbeiterInnen-Entscheidungs-fond gezahlt, tatsächlich wurden andere schon gemachte Zahlungen zurückgefordert um sie angeblich in den neuen Fond einzubezahlen. Noch immer spekulieren die AktionärInnen mit dem den ZwangsarbeiterInnen zustehenden Kapital und bereichern sich daran! Am 18.12.2002 findet in Frankfurt/Main die Aktionärshauptversammlung der IG Farben AG i.A. statt, zu einer Gegen-demonstration rufen die BuFaTa Chemie, der f.z.s., der Bund der Kritischen AktionärInnen u.v.a. auf!

**Wider das Vergessen!**

*Jens M. Deckwart*

## Die B@racke steht immer noch... ...und bleibt mit Einver- ständnis der Universitätsver- waltung auch erst mal da

Wer hätte das gedacht, als in den Sommersemesterferien Briefe über Briefe an die Fachschaften Politik, Soziologie, Wirtschaftspolitik und Lateinamerikastudien kamen und ebenso viele zurück ans Baudezernat, Rektorat etc.: Die Universitätsverwaltung lenkte ein und lässt die B@racke stehen – und nicht nur das: Sie toleriert diejenigen, die vorher als „BesetzerInnen“ daherkamen – als DiskussionspartnerInnen!

**Zur Geschichte:** Die B@racke ist offiziell das Gebäude der oben genannten Fachschaften gewesen und wurde diesen während der Semesterferien gekündigt. Aufgrund unklarer Rechtslage haben FachschafterInnen, Konzert- und InfoveranstalterInnen daraufhin die B@racke besetzt (Genaueres vgl. SSP 337). Nach einer Besetzung und diversen beglei-

tenden Aktionen, wie etwa einer Demonstration, zweiwöchigen Aktionswochen und einem „sanften Übergriff“ auf die Veranstaltung Christoph Schlingensiefs, lud das Rektorat zu einem klärenden Gespräch am 30.10.2002. Im Gespräch zwischen der Uni, Vertretern der BarackennutzerInnen und des AStA kam es zur Einigung: Da die Uni den Mietvertrag bis Ende 2003 nicht lösen kann, erklärte sie sich einverstanden, den NutzerInnen die Baracke bis dahin zu überlassen.

Einzigste Auflage war die Erfüllung der Brandschutzbedingungen für öffentliche Veranstaltungen, die am Montag darauf von ExpertInnen der Feuerwehr als gegeben bestätigt wurden. Strom Wasser, und Telefon wurden noch in der selben Woche wieder angestellt.

Der nächste Schritt der zwischenzeitlichen

BesetzerInnen und der Fachschaften war die Gründung des Vereins „B@racke e.V.“ am 2.12.2002, der sich von nun an um einen Versicherungsschutz wie auch um die Organisation kultureller, informativer und lukullischer Veranstaltungen in der B@racke kümmert. Anders als zuvor toleriert die Universitätsverwaltung nun auch diesen anstatt nur der Fachschaften als zukünftigen Kommunikationspartner.

An dieser Stelle soll keine politische, oder wie manche sagen würden: „ideologische“ Einschätzung der momentanen Situation abgegeben werden. Nur so viel: Das Vorgehen der Universitätsverwaltung ist ein Pragmatisches, da die Kündigung des Mietvertrags gegenüber dem Betriebs- und Liegenschaftsbetrieb NRW vor Ende 2003 nicht möglich ist. Etwaige institutionelle Einzelinteressen, wie etwa jene des Baudezernats, bleiben dabei dankenswerterweise unberücksichtigt. Es gilt nun, so eine persönliche Einschätzung meinerseits, die ich noch einmal wiederholen möchte, darum, der Universitätsverwaltung auch langfristig die Vorteile eines subkulturellen Sektors für StudentInnen und MünsteranerInnen (so weit das nicht das selbe ist) ans „Herz“ zu legen.

*Torsten Bewernitz*

# Big Brother is killing you!

Gegen die realen Entwicklungen in der aktuellen (inneren und äußeren) "Sicherheitspolitik" nimmt sich Orwells "1984" fast schon wie ein netter Liebesroman aus.

Stell' Dir vor, Du sitzt mit ein paar Dir persönlich völlig unbekanntem Leuten in einem Auto, in einem Sammeltaxi zum Beispiel. Plötzlich taucht vor Eurem Fahrzeug ein unbemanntes, ferngesteuertes Flugzeug auf. Es begleitet Euch ein Stück, nimmt Euch dabei ins Visier und feuert schließlich eine Rakete auf Euch ab. Du hast keine Chance - es ist vorbei! Du mußt sterben, weil Dein Sitznachbar irgendwelchen Fahndern "verdächtig" vorkam und ein "mutmaßlicher Terrorist" gewesen sein soll. Den Tod brachte die CIA, aber es war der befreundete bundesdeutsche Geheimdienst, der mit angeblichen Bedrohungsanalysen sekundierte und so eine allgemeine Hysterie heraufbeschwor, in der Du lediglich ein notwendiges Opfer im "Kampf gegen den internationalen Terrorismus" geworden bist - nur ein weiterer "Kollateralschaden"!

Absurd? Na, dann warte mal ab, bis sich die Feindbilder und die Schlachtfelder ändern. Solange stell' Dir doch einfach mal vor, Du kommst aus dem Ausland und willst in der BRD *studieren*. Und in einem "Gespräch" bei der Ausländerbehörde wirst Du auf etwaige politische Betätigungen angesprochen. Während man Dir routinemäßig die Fingerabdrücke abnimmt, verlangt man von Dir anzugeben, ob Du jemals in Afghanistan, im Jemen oder in Palästina gewesen bist. Anschließend versicherst Du bei Deiner "freiwilligen" Befragung zu Deiner Religionszugehörigkeit den hartnäckigen Beamten zum dritten Mal, daß Du wirklich kein Moslem bist, als plötzlich jemand mit einem komischen Apparat hereinkommt und den Abstand Deiner Augen vermessen will. Schädelvermessung? Hmmm! Man "beruhigt" Dich, indem man Dir sagt, daß seit

neuestem alle ausländischen Studierenden, ja alle "Ausländer" in der BRD mit ihren biometrischen Daten in einem sog. "Ausländerzentralregister" gespeichert werden. In Deinen Pass kommen ebenfalls diese biometrischen Daten - selbstverständlich verschlüsselt, dafür aber auch, wenn Du aufhörst, Dir etwas vorzustellen, und wieder "Inländer" bist.

Alles Quatsch? Na, dann schau' Dir mal das "Terrorismusbekämpfungsgesetz" an, das seit Januar dieses Jahres gilt, und das verharmlosend als "Schily Law" oder als "Sicherheitspaket II" bezeichnet wurde. Bestand bisher noch ein Restbedenken gegenüber zu enger Verbindungen der einzelnen Geheimdienste sowie gegenüber einer entsprechenden Zusammenarbeit mit den Polizeiorganen - nicht zuletzt aufgrund der "Erfahrungen" mit dem "Reichssicherheitshauptamt" und dergleichen während der NS-Zeit -, sind nun mit Hinweis auf "die Anschläge vom 11. September" (2001) die Geheimdienste jeder juristischen Kontrolle befreit, Auskünfte bei Kreditinstituten, Luftverkehrsunternehmen, Post- und Telekommunikationsdiensten und wherever sonst noch einzuholen.

Ein weiterer Punkt ist die obligatorische "Sicherheitsüberprüfung" jeder Person, die in sog. "lebenswichtigen" Einrichtungen beschäftigt ist bzw. sich darum bewirbt. Dies umfaßt Bereiche, "die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind und deren Beeinträchtigung erhebliche Unruhe in großen Teilen der Bevölkerung (...) entstehen lassen würde". Es wird also in der Schule, in Universitäten und anderen kulturellen Einrichtungen, in Kirche, Bundeswehr, Polizei, Justiz und anderen staatlichen Bürokratien geschnüf-

felt, was das Zeug hält. Der Gesetzestext ist bewußt schwammig gehalten, sodaß wohl auch infrastrukturelle wie verkehrstechnische Einrichtungen entsprechend "überwacht" bzw. durchleuchtet werden. Na, bist Du nicht vielleicht doch schon im Raster?

Wie oben bereits erwähnt, könnte Dein Personalausweis schon heute Deine biometrischen Daten in verschlüsselter Form tragen. Zumindest gibt dies das Gesetz her. Was, Du bist nie gefragt worden? Macht nichts, denn eine Zentraldatei dieser Daten gibt es in unserem Land - vorläufig - nur für sog. "Ausländer", nämlich im "Ausländerzentralregister". Ach, Du bist "Nicht-DeutscheR"? Na ja, dann interessiert Dich bestimmt, daß mit diesem "Gesetz" die Gründe für Ausweisungen und für die Versagung von Aufenthaltsrechten ausgeweitet wurden, oder? Außerdem wurde der sog. "Abschiebeschutz für politisch Verfolgte" noch weiter eingeschränkt.

Asylsuchende können sich übrigens nicht dagegen wehren, wenn ihre "freiwillig" gemachten Angaben zu ihrer Religionszugehörigkeit gespeichert und von allen Diensten und Behörden abgefragt werden können, ebenso wie alle anderen Daten, die im o.g. "Register" landen. Selbst ihre Stimme kann zur Überprüfung ihrer Angaben über ihre Herkunft gespeichert werden.

Dabei gibt es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahre 1978, das den sog. "Antiterrorkampf" einschränkt: "Im Bewußtsein der Gefahr, die ein solches Gesetz in sich birgt, nämlich die Demokratie mit der Begründung, sie zu verteidigen, zu untergraben oder gar zu zerstören, bekräftigt der Gerichtshof, daß die Vertragsstaaten nicht im Namen des Kampfes gegen Spionage und Terrorismus zu jedweder Maßnahme greifen dürfen, die ihnen geeignet erscheint."

Kurz: Diese ganze "Verpolizeilichung der BRD" (Wolf-Dieter Narr) hin zu einem Überwachungsstaat verstößt nicht nur gegen *alle* Artikel des Grundgesetzes gleichzeitig - *Ähem!* -, sondern auch noch gegen internationales Recht! Aber überraschen kann das alles nicht, denn schon seit Jahren warnt z.B. das

Komitee für Grundrechte und Demokratie vor dieser Entwicklung. Es tagte fast auf den Tag genau ein Jahr vor "den Anschlägen" zum Thema "Verpolizeilichung der Bundesrepublik Deutschland – Polizei und Bürgerrechte in den Städten". Herausgekommen ist dabei u.a. ein Tagungsband gleichen Titels, in dem viele Tendenzen, die sich durch den aktuellen Sicherheitswahn beschleunigt haben, bereits angedeutet und beschrieben werden. Ob es um die

scheinbar grenzenlose Ausdehnung von polizeilichen Befugnissen im Deckmantel der "Prävention" geht (Fritz Sack), oder allgemein um den "legalen Weg in einen Polizeistaat" (Fredrik Roggan); ob die "Verdrängung von Randgruppen" durch die Wirkungen kommunaler Satzungen, spricht: die "Gemeinde als Ordnungsraum" (Wolfgang Hecker) thematisiert wird, oder ein "institutionalisierter Rassismus" der in Mode gekommenen sog. "verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen" (Martin Herrnkind) diagnostiziert wird: das Komitee für Grundrechte und Demokratie bietet immer noch Raum für eine wissenschaftliche, aber auch für die praktische Auseinandersetzung mit diesen düsteren Entwicklungen. Am Ende des Bandes findet sich ein Beispiel aus Bonn, wo es sich ein Verein zur Aufgabe macht, polizeiliche Aktivitäten zu kontrollieren und Problemfelder z.B. durch Veranstaltungen in die Öffentlichkeit zu tragen (Udo Behrendes/Manfred Stenner). Dieser interessante, zugleich erschreckende Jahresband 2001/2002 des Komitees ist zwar durch die aktuellen Entwicklungen ein wenig

eingeholt, aber keineswegs überholt worden!

Eine gute Ergänzung zum Thema bietet eine Zeitschrift, in der die Bedingungen und Auswüchse polizeilichen Handelns regelmäßig thematisiert werden. Gemeint ist die Zeitschrift "Bürgerrechte und Polizei" vom Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V. mit Sitz an der FU Berlin. Angesichts des (Über-) Gewichts, das der Polizei vermehrt zugemessen wird, lohnt sich ein kritischer

Blick auf diese Behörde, der mit der Nr. 67 (3/2000) mit dem Schwerpunkt "Polizeiübergriffe – Polizeikontrolle" gewährt wird, z.B. durch den Aufsatz "Polizeigewalt als Ausnahme und Regel" (Norbert Pütter). Neben dem Kommentar zu einer "Statistik der Übergriffe" (Martina Kant) findet sich auch ein Aufsatz zum tragischen Kapitel der "Polizeiübergriffe auf AusländerInnen" (Anja Lederer/

Heiner Busch). Der verantwortliche Redakteur dieser Zeitschrift, der Polizeisoziologe Heiner Busch, steuerte selbst einen Beitrag zum Thema "Polizeiübergriffe in Großbritannien und Frankreich" bei und ermöglicht dadurch auch einen Blick über den bundesdeutschen Tellerand hinaus. Die Probleme, die es aufgrund des widerrechtlichen Verhaltens von PolizistInnen gibt – alle PolizistInnen übertreten irgendwann einmal jene Gesetze, die sie vorgeben, schützen zu wollen -, oder aufgrund ihres Korpsgeistes (gegenseitiges "Decken"), oder bei der Durchsetzung ihrer Definitionsmacht in Bezug auf "Kriminalität", tauchen eben nicht nur in der Bundesrepublik auf, sondern überall dort, wo es Polizei gibt!

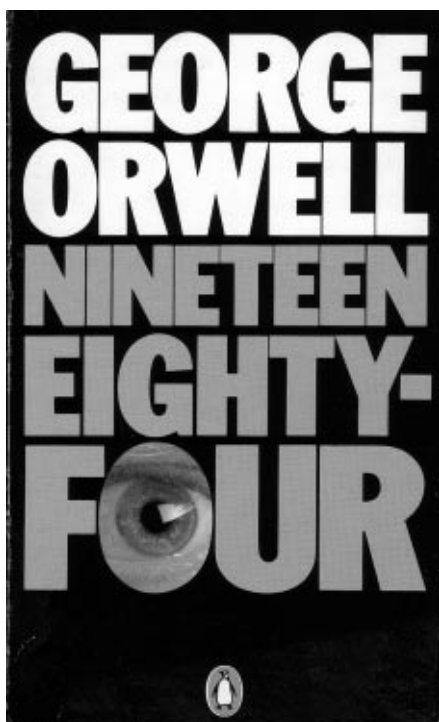
Ebenfalls aus dem Jahr 2000 datiert eine Buchveröffentlichung des Rechtsanwalts Rolf Gössner, der heute u.a. als "Berater" der grünen Partei in Rechts- und Polizeisachen fungiert. (Ich möchte mal wissen, was er denen erzählt!) Als Polizeikritiker bekanntgeworden durch das für die Polizeisozioologie nach wie vor unverzichtbare Standardwerk aus den Achtziger Jahren, "Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei", das er gemeinsam mit Uwe Herzog verfaßte, legte er mit "Big Brother & Co. Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft" nun einen aktuelleren Titel vor. Hier zeigt Gössner, wie stark wir – schon vor dem 11. September - unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung verloren haben, d.h. wie weit die Überwachungstechnik bereits vorangeschritten ist, und wie krass die Erfassung beinahe aller unserer Lebensäußerungen durch Staat und Konzerne praktiziert wird. Nur eine Grenze ist noch für diese fortschreitende Entrechtung und für den totalen Verlust des *Privaten* (im Sinne von Staats- und Marktferne!) auszumachen: die der technischen Machbarkeit. Insofern stimmt denn auch der Titel des Buches: Neben Orwells Dystopie fühlt man sich an die Show mit dem Titel "Big Brother" erinnert. Auch wenn heute kein Aufhebens mehr um dieses "Voyeur-Format" gemacht wird, so ist es doch Sinnbild für den Zustand "unserer Welt": Wir sitzen alle im Container!

*Edo Schmidt*

*Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Verpolizeilichung der Bundesrepublik Deutschland. Polizei und Bürgerrechte in den Städten. Köln 2002. 150 Seiten*

*Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V. (Hg.): Bürgerrechte & Polizei/CILIP 67 (3/2000). 110 Seiten*  
*Gössner, Rolf und Uwe Herzog: Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1984. 364 Seiten*

*Gössner, Rolf: "Big Brother" & Co. Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2000. 192 Seiten*



1984: Ein *netter* Liebesroman?

# Von Genua zum Ungehorsam

## Globalisierungskritik und Rechtspopulismus in Italien

Genua. Die malerische Stadt am Mittelmeer ist zugleich eine Metapher für das bislang heftigste Aufflammen sozialer Kämpfe in Westeuropa am Beginn des neuen Jahrtausends. Als solche wiederum ist sie umstritten. Während Bundeskanzler Schröder die Antiglobalisierungsbewegung als eine Ansammlung von „Gewalttättern“ bezeichnet hat und Italiens Regierungschef Berlusconi sie gleich mit den Taliban gleichsetzte, wird Genua von Teilen der Bewegung als „Beginn einer neuen Phase“ (Azzellini) bezeichnet. Diese zeichne sich einerseits dadurch aus, dass mit noch härteren Maßnahmen gegen antineoliberale Kritik gerechnet werden müsse, andererseits sich aber auch neue Aktionsformen innerhalb der Bewegung entwickeln. Mit der Folgenden Buchbesprechung sollen die im Semesterspiegel geführten Debatten um die GlobalisierungskritikerInnen wieder angefracht werden, die zum Beispiel mit der Kontroverse zwischen Andreas Hadamitzky (SSP 330) und Torsten Bewernitz (SSP 331) geführt oder im Artikel über den Studierendestreik in Mexiko-Stadt („Neoliberalismus und Hochschule“, SSP 332) angesprochen wurden.

Vom 19. bis 21. Juli 2001 fand in Genua das Gipfeltreffen der G8 statt. Während eine Demonstration für die Rechte der MigrantInnen am Donnerstag, den 19.07.2001 noch friedlich verlief, waren die beiden großen Demonstrationen am Freitag und am Samstag von massiven Ausschreitungen begleitet. Während die Polizei kleine Gruppen von RandaliererInnen am Rande der Demo gewähren ließ, wurde diese später ohne Anlass angegriffen. Über 700 Gruppen hatten zu den Protesten

mobilisiert, 100.000 bis 300.000 TeilnehmerInnen aus den verschiedensten linken Spektren waren auch am Samstag gekommen. Am Freitag war der Demonstrant Carlo Giuliani von einem Carabinieri erschossen worden, während polizeiliche Übergriffe an allen Orten stattfanden, wie mittlerweile die Dokumentarfilme der Berliner Filmkollektive *Kanal B* und *AK Kraak* zweifelsfrei belegen können. Insgesamt gab es über 600, zum Teil schwer verletzte DemonstrationsteilnehmerInnen. Ein weiterer Höhepunkt der polizeilichen Gewalt war der unvermittelte Überfall auf die Diaz-Schule, bei dem schlafende DemonstrantInnen und JournalistInnen krankenhaushausreif geprügelt wurden: mehrere Rippen- und Kieferbrüche, ausgeschlagene Zähne und unzählige Platzwunden waren zu beklagen. Die Künstlerin Lisl Ponger setzte diesem Ereignis auf der documenta 11 ein eindrucksvolles fotografisches Denkmal. Dario Azzellini hat die Geschehnisse, die nur unvollständig in der hiesigen Presse aufgetaucht waren und deren mediale Brisanz von den Anschlägen am 11. September überdeckt wurde, nochmals im Zusammenhang geschildert. Dem Buch kommt das Verdienst zu, die Proteste von Genua zudem einzuordnen in den Kontext einer politischen Gesamtsituation, ohne die weder die Schüsse auf Giuliani noch die ausufernde Polizeigewalt zu verstehen sind.

Dieser Zusammenhang heißt Rechtspopulismus und stellt in Italien mit den Parteien Forza Italia, Alleanza Nazionale und Lega Nord die Regierung. Rechtspopulismus ist nach dem britischen Kulturtheoretiker Stuart Hall nicht nur eine Ideologie, sondern ein

politisches Regime, das sich in Folge der Krise des Wohlfahrtsstaates etablieren konnte. Darin werden Etatismus/ Bürokratie/ Sozialdemokratie/ Kollektivismus gegen Individualismus/ persönliche Initiative/ Verantwortung/ Leistung/ Freiheit polarisiert und in politischen Kämpfen auch und gerade jenseits der parlamentarischen Sitzverteilung zu Mehrheiten geformt. Diese polare Konstellation ist der Hintergrund, vor dem Azzellini resümiert: „Die Botschaft der italienischen Regierung an die Demonstranten gegen den G8 war klar: Wer gegen die Weltwirtschaftsordnung demonstriert, ganz gleich in welcher Form, soll in Zukunft um seine Knochen fürchten“. So nachvollziehbar diese Einschätzung ist, so absurd wirkt im Nachhinein die Gewaltdebatte, die – bezogen auf die Demonstrierenden – weitgehend ohne Kenntnis der Geschehnisse reflexhaft losgebrochen war. Ein Imperativ griff um sich, der von der rechten Presse in Deutschland bis zu Mitgliedern der globalisierungsgegnerschen Gruppe Attac vertreten wurde: Die Gewalt und ihre TäterInnen sollten isoliert werden. Verantwortlich für die Gewalt sei einerseits die Polizei gewesen, die die „Anarchos“ nicht früh genug bzw. überhaupt nicht vom Rest der Demo separiert habe, und andererseits die Demonstrierenden, die sich derselben Unterlassung schuldig gemacht hätten. Der Wochenend-Leitartikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 28./29.07.2001 argumentierte so, obwohl im Laufe der Woche klar geworden war, dass nicht bloß Autonome Autos in Brand gesetzt und Scheiben zerschlagen hatten. Schon Wochen vor dem Gipfel wußte die italienische Polizei, dass die drei faschistischen Gruppen „Forza Nuova“, „Fronte Nazionale“ und „Comunita politica di avanguardia“ die Demonstrationen infiltrieren und aus ihr heraus die Polizei attackieren wollten. Ziel der Attacke war es, die „antagonistische Linke zu diskreditieren“, zitierte die Genueser Zeitung *Il Secolo XIX* aus dem der Polizei vorliegenden Dokument. Zur Beunruhigung innerhalb der Polizei gab das offenbar wenig Anlass, was auch wiederum verständlich ist, berichteten doch viele der zuvor geschun-

denen Verhafteten, dass sie in der Polizeikaserne in Bolzaneto am frühen Sonntag morgen von den Dienst Habenden mit dem Hitler-Gruß empfangen worden waren. Über die rechte Gesinnung der italienischen Polizisten gibt ebenfalls Azzellinis Buch Aufschluss, der die politischen und sozialen Kämpfe in Italien historisch nachzeichnet. In Bezug auf die tödlichen Schüsse auf Carlo Giuliani bleibt festzuhalten, was sich auf im Internet veröffentlichten Fotos schon im Juli 2001 andeutete: Die Notwehrthese ist nicht zu halten. Im Gegenteil: „Einiges spricht dafür, dass die Repression von höchster Stelle geplant und geleitet wurde. Der Einsatz von Schusswaffen war nicht nur einkalkuliert, sondern geplant. Es gab für die Carabinieri einen Schießbefehl.“ (Azzellini). Die „Strategie der Spannung“, die Ende der 1970er Jahre schon die außerparlamentarische Linke in Italien zerschlagen hatte, schien in und um Genua eine Neuauflage zu erfahren. Durch von Faschisten verübte terroristische Aktionen, für die die Linke verantwortlich gemacht wurde, konnte eine Eskalation geschaffen werden, aus der die Rechten als Gewinner hervorgingen. Die Eingebundenheit der jetzigen Regierung in diese Strategie wird ebenfalls im Buch nachgezeichnet. Azzellini hat neben den eigenen Kapiteln ebenfalls Aufsätze anderer AutorInnen versammelt, die beispielsweise die Geschichte der einzelnen Parteien erzählen.

Dennoch hat Azzellini kein reines Antifa-Werk verfasst. Denn neben der Dokumentation der Repressionsgeschichte ist das zentrale Anliegen des Buches, die „Bewegung der Bewegungen“, wie in Italien die Antiglobalisierungsbewegung genannt wird, vorzustellen. Dabei macht die Mischung von Interviews, Reportagen und Analysen diesen Band zu einem äußerst lesenswerten Buch, das sich weder auf eine italophile noch auf eine antiglobalisierungsbewegte LeserInnenenschaft beschränken sollte. International bekannt geworden sind neben den gewerkschaftsähnlichen Basiskomitees (Cobas) wohl vor allem die AktivistInnen mit den weißen Overalls, Tute Bianche. Inspiriert vom zapatistischen

Aufstand in Mexiko hatten verschiedene linke Gruppierungen in den 1990er Jahren nach neuen Aktionsformen gesucht. Bei anderen Gipfeltreffen der Herrschenden wie z.B. in der IWF und Weltbank-Tagung Prag im September 2000 drückten sich die Tute Bianche, ausgepolstert mit Schaumstoff und mit Helmen geschützt, nur auf Basis des eigenen Körpers durch die Polizeiabsperrungen. In Mexiko begleiteten sie im Februar 2001 den zapatistischen Marsch in die Hauptstadt. Die weißen Overalls symbolisierten, darin den zapatistischen Masken ähnlich, die bis dato ungehörte, unartikulierte Menge. Als dieses Symbol sich zu einer Identität zu verdichten begann und im Kontext von Genua die Tute Bianche als Hauptakteure der Gegenbewegung wahrgenommen wurden, legten sie das

wenig wie die Tute Bianche ein Programm, dem man sich anschließen könnte oder ein klares politisches Projekt. Sie wollen ein ständiges Fragen sein, ein zapatistisches fragend laufen, bei dem danach gesucht wird, wie man ungehorsam sein kann, wie man überflüssig werden kann als Bewegung. Das wird dann der Fall sein, wenn die Praxis des Ungehorsams und der Konstituierung der Rebellion gegen das Imperium uns übertrifft und weit über uns hinausgeht. Es ist ein Weg, der aus ständigem Fragen, aus zu bildenden Sprechweisen und Mythen, sowie aus von uns gemeinsam zu erfindenden Praxen besteht. Die Männer und Frauen, die den sozialen Ungehorsam anneh-



Demo in Genua: Massive Polizeiaufgebote gegen DemonstrantInnen; Oben rechts: Aus diesem Polizeiwagen heraus wurde der Demonstrant Guilani erschossen.



men und praktizieren, um ihn täglich neu zu definieren und erfinden. Das sind die Disobbedienti“. Aufschlussreich sind die geschil-

derprobte Mittel ab, um wieder „Werkzeug“ der Bewegung zu werden, wie eine Aktivistin es in einem im Band abgedruckten Interview ausdrückt. Das Ablegen der Overalls bedeutet aber keineswegs die Abkehr von dissidenten Praktiken. Seit 2001 gibt es die Ungehorsamen (Disobbedienti). Ein Aktivist aus Bologna: „Die Disobbedienti sind die Fortsetzung der Tute Bianche, mit viel mehr Frauen und Männern, die diese Erfahrung teilen, in Italien und in Europa. Wir arbeiten gemeinsam mit vielen am Aufbau der Ungehorsamen. Aber die Disobbedienti haben ebenso

den sozialen Auseinandersetzungen zwischen Rechtspopulismus und anti-neoliberaler Globalisierungskritik aber nicht nur für die Fans linker politischer Aktion, sondern überhaupt für das Verständnis politischer Prozesse innerhalb der gegenwärtigen neoliberalen Hegemonie.

**Jens Petz Kastner**

\* Azzellini, Dario: Genua. Italien - Geschichte - Perspektiven, Berlin/Hamburg/ Göttingen 2002 (Assoziati-on A), 180 S., 13,-Euro.